

Volksstimme

Einzelpreis 1.50 M.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlich Redakteur Wilhelm Rieckebell, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Rieckebell, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1587, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzeitungsliste 2. Stadttag, Seite 114.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 106.00 Mark, monatlich 35.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen Vierteljährlich 100.50 Mark, monatlich 33.50 Mark. Bei den Postanstalten Vierteljährlich 105.00 Mark, monatlich 35.00 Mark. — Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Anzeigenzeile 4.50 Mark, auswärts 6.00 Mark im Restmonat 7.00 Mark, auswärts 8.00 Mark. Vereinstafel der Seite 4.00 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postkontonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 157.

Magdeburg, Sonnabend den 8. Juli 1922.

33. Jahrgang.

Waffenfunde in Magdeburg.

Am Donnerstag wurden in Magdeburg zwei große Waffenlager ausgehoben. Gefunden wurden im Anwesen des Oberleutnants a. D. Kurt Raffauf in der Westendstraße und im Anwesen der Kaufleute und Mühlenbesitzer Drenckmann in der Halberstädter Straße:

Über 600 Infanterie-Gewehre und Karabiner. 16 Maschinengewehre. Rifen mit Pistolen. Noch ungezählte Mengen Maschinengewehr-Munition. Annähernd 200000 Schuß Infanterie-Munition und eine halbe Riste Explosivgeschosse. Die Waffen waren sachgemäß auseinandergenommen und aufgestapelt. Eine genaue Zählung konnte bisher noch nicht vorgenommen werden, da der Abtransport längere Zeit in Anspruch nahm.

Verhaftet wurden bisher: Als Besitzer oder als Mitwisser der Waffenlager der Oberleutnant a. D. Raffauf, der deutschnationale Stadtrat a. D. Drenckmann und sein Sohn Dr. Drenckmann, der Vorsitzende der deutschnationalen Partei Magdeburgs Major a. I. Schäfer, Schwager des Dr. Drenckmann, Mitglied des „Stahlhelms“ und des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Schiffskapitän a. D. Kaufmann Paul Steinberg, Langer Weg, Kaufmann F. J. Schöler, Halberstädter Straße. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Das bisher vorgefundene Material weist auf auswärtige Verbindungen hin. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen. Deswegen können nähere Mitteilungen über das bisherige Ergebnis zur Stunde noch nicht gemacht werden. Die Waffen bei dem Oberleutnant Raffauf sind in einem Stall, hinter Strohballen und Brettern versteckt, gefunden worden. Bei den Drenckmanns war das Waffenlager in einem Schuppen.

Angst vor Reichstagswahlen.

Die beiden monarchistischen Parteien sind arg bedrückt von der Aussicht, daß es möglicherweise zu einer Auflösung des Reichstags und zu Neuwahlen kommen kann. Sie ahnen und wissen aus Stimmungsmeldungen ihrer Vertrauensmänner, daß ein Teil ihrer bisherigen Wähler sie verlassen und ihnen eine bedenkliche Niederlage bereiten würde.

Die „Leipz. N. Nachr.“ sind daher vom Apdrücken befallen:

„Der Wunsch, in diesem Augenblick auch mit Rücksicht auf unsere überaus bedrohliche Finanzlage eine Krise zu vermeiden, wie sie durch eine Reichstagsauflösung zweifellos in schwerster Form herbeigeführt würde, zeigt sich bei allen sachlich denkenden Politikern. Bei der gereizten Stimmung aber, die immer noch herrscht und weiter durch gewissenlose Agitatoren dauernd geführt wird, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Zwischenfälle jenseits in den Gang der Dinge eingreifen.“

Die Finanzlage ist bedrohlich geworden durch den Mord an Rathenau und seine Begünstiger. Das Ausland sagt sich, daß die neue deutsche Staatsform bedenklich schwankt und daß die Monarchisten Aussicht haben, wieder das Staatsruder zu ergreifen. Infolge dessen steigt der Dollar, fällt die Mark, wächst die Leertung. Eine Reichstagswahl mit überwältigendem Siege der Republikaner, der sicher ist, wenn sie mit dem Rufe „Für die Republik!“ in den Wahlkampf ziehen, wird die Finanzlage nicht bedrohlicher gestalten, sondern umgekehrt erst die Möglichkeit geben, sie zu bessern und allmählich zu sanieren.

Nimmt die Republik die monarchistische Kriegserklärung der Hinmordung Rathenaus auf und schießt sie den Kampf gegen ihre Widersacher durch, dann begleitet die Sympathie der gesamten Demokratie der Welt uns bei diesem Ringen und quittiert über den Erfolg, indem sie für die Erleichterung unserer Schuldenlast und die Hilfe durch eine internationale Anleihe ihre öffentliche Macht einsetzt. Eine Reichstagswahl würde daher unsere wirtschaftliche Stellung in der Welt nicht schwächen, sondern stärken.

Im Innern würde sie die monarchistischen Parteien kräftig zurückwerfen. Das wissen ihre Führer und deshalb raten sie mit Scheingründen davon ab. Nach dem Rapp-Rutsch waren sie weniger ängstlich. Damals schrien sie in jeder Zeitung und in jeder Rede nach der Auflösung der Nationalversammlung. Sie wußten, daß sie starke Gewinne bei der Wahl machen würden.

Heute ist das Umgekehrte der Fall. Heute müßten die Monarchisten gegen den Strom schwimmen und deshalb wollen sie von einer Wahl nichts wissen.

Deshalb erwägen sie, wie die „Magdeburgische Zeitung“ verraten hat, den Plan, durch Abkommandierungen und „Erkrankungen“ dafür zu sorgen, daß das — natürlich verwestete — Gesetz die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhält. Die „Magd. Btg.“ will von diesem Plan aus natürlichen Gründen öffentlich nichts wissen. Woraus gefolgert werden kann, daß er im Geheimen um so eifriger und ernsthafter in den Reihen der Monarchisten erörtert wird.

Nur keine Neuwahl des Parlaments! Das ist der Stoßsänger aller Mitglieder der beiden monarchistischen Parteien. Um die Wahl zu vermeiden, sind sie bereit, große taktische Manöver anzuführen. Die schon zitierten „Leipziger Neuesten Nachrichten“ geben einen weiteren Beweis

dafür. In einer Besprechung der Rede Silberkühns steht der trübseelige Satz: „Hier taucht wiederum der Gedanke an eine Auflösung auf, der — das muß leider gesagt werden — immer noch nicht ganz gebannt erscheint.“

Das Verhalten der beiden Reichsparteien ist ja ganz erklärlich. Sie wissen, daß sie bei einer schnellen Reichstagswahl schwere Einbußen erleiden werden. Sie wissen, daß durch eine schleunige Wahl die Republik sich dauernd festigen wird. Sie hoffen dagegen, daß bei natürlicher Abrollung des jetzigen Reichstags — die Neuwahl würde erst im Mai oder Anfang Juni 1924 stattfinden — die Woge der Entrüstung gegen die Mordmörder sich längst verlaufen haben wird und daß sie dann bestimmt unter günstigerem Sterne vor das Volk treten können.

Daher die Parole der Monarchisten: keine Wahl, Schwächung des Gesetzes und Zeit gewinnen!

Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist die umgekehrte. Bei einer schleunigen Neuwahl schwimmt sie im Gegensatz zum 6. Juni 1920 jetzt mit dem Strom. Es ist daher die Pflicht der Sozialdemokratie, den Plan der Monarchisten zu vereiteln und dafür zu sorgen, daß sie alsbald vor das Volk treten müssen, um sich wegen ihrer schändlichen Haltung zu verantworten.

So wird die Republik geschützt. So wird unser Ansehen im Ausland erhöht und dafür gesorgt, daß wir auch wirtschaftlich uns in der Zukunft behaupten können.

Aber dieser klare, einfach und schnell zu durchmessende Weg wird von den bürgerlichen Koalitionsparteien, dem Zentrum und den Demokraten, schon zu durchkreuzen versucht. Die rechten Flügel dieser Parteien fühlen sich unter der Vorstellung, daß die Koalition noch stark durch Bereinnahme der Unabhängigen verbreitert werden könnte, äußerst bedrückt. Sie haben es daher in ihren Fraktionen durchgesetzt, daß gegen diese Möglichkeit ein Gegengewicht geschaffen wird durch Einladung an die Deutsche Volkspartei, in die Regierung einzutreten. Die Demokraten haben die Frage in einem Briefe gestellt, dessen Wortlaut das Zentrum gebilligt hat. Und die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat, wie die „Magdeburgische Zeitung“ mitzuteilen weiß, am Donnerstagabend beschlossen, sich zum Eintritt in die Regierung bereit zu erklären.

Der Brief ist noch nicht bekanntgegeben worden. Nach der „Magd. Btg.“ nimmt er nur Bezug auf die letzten Reden der völkischen Abgeordneten Beder, Geinze und Streifenmann und unterstellt der Deutschen Volkspartei, daß sie an dem Gesetz zum Schutze der deutschen Republik mitarbeiten will und daß sie sich auf den Boden der durch die Verfassung vorgeschriebenen republikanischen Staatsform stelle. Da weitere Bedingungen nicht erhoben werden, hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei keine Veranlassung gefunden, die Einladung abzulehnen.

Demokraten und Zentrum machen also aus Angst vor einer Neuwahl den Versuch, die Regierungskoalition nach rechts zu verbreitern. Um den Schutz der Republik durchzuführen, tragen sie kein Bedenken, sich mit einer Partei zu verbinden, die im besten Falle nur aus Betrügerepublikanern besteht, die lediglich ein taktisches Sippenbekenntnis zur Republik abgelegt haben und die alles mögliche tun, um im Ausschusse das Gesetz gegen die Mordorganisationen seiner besten Waffen zu berauben.

Die Republik kann aber nur von Republikanern gerettet werden. Von Republikanern, die mit Herz und Hand bereit sind, sie zu schützen. So stand es in den ersten Tagen nach Rathenaus Ermordung auch von den Lippen der Demokraten und Zentrumsanhänger. Der Aufruf des demokratischen Parteivorstandes betonte mit scharfen Worten, daß das längliche Schwanken vorbei sein, daß man fest und entschieden Stellung nehmen müsse. Eine knappe Woche später geht das Schwanken schon wieder los, wird die republikanische Front in Verwirrung gebracht.

Demgegenüber ist die Pflicht der Sozialdemokratie klar umschrieben. Sie wird diese Pflicht erfüllen, denn sie hat keine Angst vor Reichstagswahlen.

Stürmische Parlamentsitzungen Der Preussische Landtag.

Zur Preussischen Landtag standen am Donnerstag die auch von den beiden Koalitionsparteien unterstützten Anträge der Regierungsparteien betr. den Schutz der Republik und in Verbindung damit die erste und zweite Lesung der vom Verfassungsausschusse vorgeschlagenen Gesetzesentwürfe wegen Gewährung einer Amnestie und Änderung des Disziplinarrechts für die Beamten und Richter zur Beratung.

Hg. Heilmann (Soz.) erstattet für den Verfassungsausschuss den Bericht. Nach den Beschlüssen des Ausschusses sollen alle die amnestiert werden, die in der Abwehr des Rapp-Rufes, im mitteldeutschen Aufstand, am 1. April der Demonstrationen nach dem Erzberger-Mord und im Verfolge des letzten Eisenbahnerstreiks Ausschreitungen begingen, die zu ihrer Verurteilung führen. Grundgesetz bei der Amnestierung soll aber bleiben, daß nur politische

keine gemeinen Verbrecher begnadigt werden. Zur Kontrolle der Durchführung dieses Amnestiegesetzes wird ein vom Staatsministerium eingehender Ausschuss berufen. Durch das neue Disziplinarrecht soll den Beamten nicht die politische Meinungsfreiheit geraubt werden; verhindert werden soll nur eine herausfordernde Stellungnahme gegen die Republik, Verleumdung und Beschädigung der republikanischen Staatseinrichtungen sowie die agitatorische Förderung der Bestrebungen zur Wiederaufrichtung der Monarchie. Die Amtsbauer der heutigen Disziplinarrichter soll am 15. Juli ablaufen, um dem Staatsministerium Gelegenheit zu geben, durch die Berufung neuer Richter eine wirkliche demokratische Durchsicht zu gewährleisten. Die Disziplinarsenate sollen eine Erweiterung durch Hinzutritt einer Anzahl vom Staatsministerium zu ernennender Personen erfahren. Es ist zu begrüßen, daß der Ausschuss beschlossen hat, Brechen zum Schutze der Republik voranzuschreiten zu lassen.

Hg. Graef (Soz.): Wir sind entschlossen, alle Anträge auf die Republik rückwärts abzuweisen. Wir haben bisher trotz aller Beschränkungen und Belästigungen an den Grundrechten festgehalten und eine weitgehende Toleranz geübt. Der Erfolg war die Entziehung von Wörtern, die von politischen Parteien finanziert werden. Gegen diese Widersacher wird sich die Republik zu schützen wissen. Neben Versuch, die Monarchie wieder aufzurichten, wird die Arbeiterschaft im Reim erhitzen. Im Gegensatz zu dem Sozialistengesetz sollen die Gesetze zum Schutze der Republik nicht Bestimmungen, sondern lediglich Brechen und gemeine Straftaten verfolgen. Wenn die politischen Hauptfaktoren im Reich und in den Ländern das Gebot der Stunde nicht erkennen, dann muß eben

sofort das Volk befragt werden. Wir haben Maßregeln nicht getan. Sie sind schlimmer als gar keine. Das Schicksal der Republik muß hartnäckig gefolgt werden. (Veh. Weis. links.) Hg. Weisermel (Dt.-natl.) der während seiner Ausfahrungen von der äußersten Linken fortgesetzt durch Zurufe unterbrochen wird, erklärt, daß seine politischen Freunde mit der Mordorganisation nichts zu tun haben. Die Massen demonstrationen sind außerordentlich gefährlich und auch in ihren Folgen für die Volksernährung unabsehbar. Die Vorläge des Verfassungs-

auszuschließen sind nicht Gleichheit und Brüderlichkeit, sondern
Kerker gegen Andersdenkende und werden von uns abgelehnt.
Hr. Dr. Leibitz (Dt. Rp.): Gleichberechtigte Nationen, die
aus der tiefen Erregung heraus entstehen, sind unheimlich ge-
fährlich. Wir warnen daher, über das hinauszuweisen, was
ruhige Staatskunst gestattet. Wir wollen die geforderte Gnade
für politische Verbrechen nicht verweigern, lehnen aber die Be-
stimmung über die Begnadigung der Eisenbahner ab.

Hr. Dr. Preuß (Dem.): Man kann bei den Vorschlägen
des Verfassungsausschusses weder von Verletzung der demokrati-
schen Grundzüge, noch von Ausnahmesehen à la 1877 reden.
Die republikanische Sache ist jetzt eine mit der Sache des Vater-
landes: Die bestehende Staatsform muß geschützt werden. Wir
lehnen daher jede Aenderung dieses Beschlusses in den Gesetzen
ab. Die Republik muß sich selbst schützen; daher dieser Gesetz-
komplex. Die
Amnestie ist erforderlich,

weil im Kapp-Bußsch niemand ein Haar gekrümmt worden ist
und der Unmut des Volkes darüber nur zu berechtigt erscheint.
Auf alle Eisenbahnen können wir allerdings die Amnestie nicht
ausdehnen. Der Begriff der „Grundrechte“ darf nicht aus rein
materiellen Erwägungen heraus so weit ausgedehnt werden, daß
er der demokratischen Regierung eines demokratischen Staates
schon Regieren unmöglich macht. Darum ist auch die vorgesch-
lagene Aenderung des Disziplinarrechts kein Verstoß gegen die
Reichsverfassung. Beamte der Republik dürfen diese nicht an-
greifen und nicht gegen sie agitieren. Von Ausnahmesehen kann
man nicht reden, eher mag man von einem Nothgesetz sprechen,
das die dreißigjährige Lebensdauer des Volkes jetzt erforderlich
gemacht hat.

Hr. Neumann (Rp.): Wir sind einverstanden, mit dem
Gesetz, wünschen aber, daß gegen Beamte vorgegangen werden
soll, wenn sie „aufreizend und gefährlich“ gegen die Republik vor-
gehen, anstatt „agitatorisch und demagogisch“, wie die Vorlage
sagt.
Hr. Leiß (Unabh. Soz.): Ich sehe in den bisher gehaltenen
Reden eine Mißgunst. Es ist besonders charakteristisch,
daß man in den verschiedenen Aenderungsanträgen immer
wieder auf die veralteten Beamten Gesetze zurückgreift. Stets hat
sich die Beamtenchaft bewußt im Gegensatz zum Volkswillen ge-
setzt, und dieser Bewußtseinszustand hat sich bis auf den heutigen
Tag erhalten. Aus ihm heraus wächst die Sabotage gegen die
Republik und ihre Einrichtungen. Es sollte in der Republik
eine Unmöglichkeit sein, daß ein Deutschnationaler Staatssekretär
im Justizministerium ist. Es ist von vornherein ausdrücklich be-
zweckt worden, daß die Schutzgesetze sich gegen die rechtsstehenden
Kreise richten sollen, aus denen heraus die Rathenau-Mörder ge-
kommen sind. Nothwendig wäre, daß man zunächst einmal
unter den

monarchistischen Ministern
auswählt, und auch die Reichstagskollegien sind reich für
eine gründliche Säubereinigung von den schlimmsten Dummkönnern,
die da sitzen und nicht einen einzigen sozialistischen oder republik-
tanischen Lehrer besitzen.

Hr. Dahlen (Konst.): Wir fordern vom Minister des
Inneren eine Erklärung, ob sich das Gesetz auch gegen links
richten soll. Auf die Demokratie ist kein Verstoß, sie sind nur
aus Anmaßungsgründen republikanisch, und darum kann
man sich nicht auf die Verfassung berufen.
Hr. Richter (Dt. Hann.) lehnt das Gesetz als Ausnahme-
gesetz ab.

Hr. Decberg (Dt. natl.) erklärt: Meine Partei steht fest,
weil sie das Gesetz hat, daß sie an dem Worte von Rathenau
weder direkt noch indirekt beteiligt ist. (Großer Lärm links.) Das
Ausnahmesehen wird das Selbsteingeständnis von dem Verbrechen er-
reichen. Den Beamten darf das Recht der politischen Über-
zeugung nicht genommen werden. Diese Angelegenheit
(Lärm links) entspricht nicht dem Geiste Rathenaus. (Lärm,
Schreie, fortgesetztes Hochrufen des Präsidenten.) Der
Redner beendet seine Rede unter ungehörigem Lärm der Linken,
da seine Ausführungen unverständlich sind und verläßt dann
die Rednertribüne. Auf links: Die ganze Gesellschaft mußte raus-
geschickt werden.

Minister des Inneren Geering: Wenn wir uns nur gegen
Unheimlichkeiten einiger junger Leute zu wenden brauchen,
dann können wir es uns erlauben, die ganze Gesetzgebungs-
maschinerie in Bewegung zu setzen. Aber es handelt sich ge-
radezu um

Rechtswesen
(Hr. Hart links) und um solche rechtsgerichteten Kreise, die viele
Mörder gedungen haben. (Hr. Hart links.) Ich kann Ihnen
sagen, daß die beiden Mörder, die des Attentats auf Rathenau
angeklagt sind, schon einen Teil des Hochvertrages erhalten
haben. (Stürmischer Lärm links.) Der andere Teil sollte
ihnen noch ausgehändigt werden. (Hr. Hart links.) Wenn so im
ganzen Lande Anarchistenwahn herrscht, wie dem Kaiser,
die Verordnungen früherer Minister nicht anzuwenden und unter
Gleichzeitigkeit zu beschließen, dann haben wir die Pflicht, diesen
Organismen das Handwerk zu legen. (Sehr richtig links.)
Wenn wir uns nicht in den nächsten Tagen zu einem entschei-
denden Beschlusse gegen diese Mörder entschließen, dann hat
die erste Hälfte zum Scheitern. (Sehr richtig links.)
Hr. Richter (Soz.): Ich bin ein großer Feind der Linken,
aber ich habe die Pflicht, den Reichstagspräsidenten alles zu sagen, was zu
unserer Ehre ist. (Stürmischer Beifall links.)

Hr. Richter (Soz.): Hr. Decberg hätte die große Revol-
ution, die er beim Kaiser hat, lieber an seine eigene Seite
ziehen sollen. (Beifall links.) Seine

politische Unfähigkeit
ist in auffallender Gegensatz zu seiner damaligen Gesichts-
gestalt. Hr. Decberg sprach immer von Republik. Was ist
das Gesetz der Republik auch auf seinen eigenen Gehirnen
im Reichstag? In drei Fällen hat dieser Herr Angehörige von
Republikanismen unterstellt. (Stürmischer Lärm links.)
Ein Gesetz für einen aus Österreich, der beinahe der Mi-
nisterpräsident des Reiches gewesen ist, ist mit Hilfe der
republikanischen Parteiorganisationen möglich geworden. Die ver-
schiedensten Führer der Republikanismen haben die Regierung
gezwungen. Sie haben weiter geschrien, daß der republikanische
Rechtsanschauung keine Hand zum Schutz der Republik
hat. (Stürmischer Lärm links.) Haben Sie noch das Gesetz
der Republik, wenn es um die unglückliche Zeitung handelt er-
innern, die zum Reich angehört? Was ist die Republik
heute, was ist heute das Reich? Sie haben gesehen, daß es
in der Tat nicht mehr, dann werden sie sich natürlich bald wieder
an eine neue Revolution setzen. (Beifall links.)

In einer republikanischen Bewegung sind das Wort dem Ab-
geordneten Herrmann (Hannover, Dt. natl.) gegeben. Er
erklärt die Schwere der Sache, erhebt sich auf der linken Seite ein
ungehöriger Lärm bei der Erklärung, offenbar wegen einer be-
stimmten Lage republikanischer Forderungen, welche Herrmann
Angehörige der Republikanismen mit Schwere unterstellt
hat. Abgeordnete der Linken rufen auf der rechten Seite ein
ungehöriges Geräusch, das Herrmann nicht hören kann.
Hr. Richter (Soz.) erklärt, daß Herrmann eine Erklärung zu verweigern, die sich an-
schießt auf die republikanische Bewegung. Herrmann er-
klärt, daß er nicht (Hr. Richter) einen auf dem Wege des Hoch-
vertrages Attentats und nicht es dem Kaiser an den Kopf. Der
Redner schließt sich ins Unbekannte. (Stürmischer Beifall
links und rechts.)

Übergeben. Dieser macht den Versuch, sie zu verlesen, wird aber
durch die Kommunisten daran gehindert, die ihm die Erklärung
aus der Hand reißen und zerreißen. Alle weiteren Bemühungen
des Präsidenten, Dinge zu schaffen, sind vergebens. Um 10 Uhr
verläßt er das Präsidium, während sich unten im Saale der
Abg. Jürgensen mit deutschnationalen Abgeordneten herum-
drückt. Nach 5 Minuten, als sich der Lärm ein wenig gelegt
hat, erscheint Präsident Reiner wieder und erklärt, daß die Vor-
gänge den Reichstag beschäftigen werden.
Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

Der Reichstag.

Auf der Tagesordnung des Reichstags standen am Frei-
tag die Interpellationen der Unabhängigen betr. das Fortbestehen
von Selbstorganisationen; betr. Schadloshaltung
von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräteri-
scher Unternehmungen zum Schadenersatz verpflichtet sind;
betr. die Hindenburg-Feier in Königsberg und die sozial-
demokratische Interpellation betr. antirepublikanische
Rundgebungen von Angehörigen der alten Armee und der
Bekämpfung der Reichswehr an denartigen Veranstaltungen.

Hr. Dr. Moses (Unabh. Soz.): Die Oberste Seeresleitung
der Gegenrevolution scheint das attentatsvorbereitungen
herabgesetzt zu haben, denn an den letzten Attentatsvorbereitungen
nahmen sogar Jugendliche teil. Aus deutschnationalen Kreisen
werden den Mördern Geld, Waffen, Autos und Auslandspässe zur
Verfügung gestellt. Deffenstich bringen dann dieselben Herren
den Abkömmlingen ihrer Väter über diese Verbrechen zum Ausdruck.
Die Bestimmung der heutigen Jugend ist immer noch dem Schutze
des Oberlehrers der Kaiserzeit anempfohlen, dessen Stolz es war,
Hochverräter zu sein. Diese Leute mögen sich zu Stallknechten
eignen, aber nicht zu Erziehern. Mit eisernem Besen muß hier
ausgefegt werden. Herr Stresemann hat mit seiner geistigen
Rede nur die Desperados auf der rechten Seite ermutigt. (Sehr
wahr! links.) Wir wissen sehr wohl zu unterscheiden zwischen
Deutschnationalen wie Düringer, Goesch und Frau Behm auf
der einen und Wille Gennau, Geier und Gelferich auf der
anderen Seite. Noch kurz vor dem Tode Rathenaus hat Major
Gennau über den

„Juden Rathenau“

geschrieben. Dafür habe ich nur ein „Fui Kerker!“ übrig. Pro-
fessor Koehe und der Student Dierkimpel, das sind heute die
Allegorien des Nationalismus. Es ist besser, die Republik lebt
verfassungswidrig, als daß sie verfassungsmäßig zukunftsge-
fährdet wird. Die Regimentsfeiern werden zu Provokationen der Arbeiterchaft
ausgenutzt, und in derselben Stunde, in der Rathenau ermordet
wurde, schlug Eitel Friedrich in Gegenwart Hindenburgs neue
Johanniter-Ritter. An diesen Paraden und Regimentsfeiern be-
teiligen sich nicht nur die ehemaligen, sondern auch die jetzigen
Offiziere, die sich von der Republik nicht lassen, um ihr bei
gegebener Gelegenheit an den Krögen zu gehen. Die Deutsche
Volkspartei ist in den nationalpolitischen Dingen immer Schlichter
an Schlichter mit der deutschnationalen Volkspartei gegangen.
Es ist ihre Sache, aus der neuen Situation die nötigen Folge-
rungen zu ziehen. Das Proletariat ist auf dem Wege zur Ein-
igung und gewillt, aus der jetzigen Mordatmosphäre herauszu-
kommen, in der die Republik erstickt und der Bürgerkrieg ge-
boren werden muß. (Beifall links.)

Um 3 Uhr werden die Verhandlungen unterbrochen und die
Gesamtberatung über den Gesetzentwurf zur Ausführung des
Artikels 18 der Reichsverfassung vorgenommen. Der Gesetzent-
wurf wird gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien ange-
nommen.

Dann erhält zur Begründung der sozialdemokratischen
Interpellation das Wort:

Hr. Vogel (Franken, Soz.): Das Gesetz zum Schutze der
Republik ist mit dem Sozialistengesetz absolut nicht zu vergleichen.
Dieses sollte die Zustimmung treffen, was man von dem Gesetz
zum Schutze der Republik nicht behaupten kann. Es richtet sich
lediglich gegen Gewaltthäter und Verbrecher und ist überdies
provisorisch. In der deutschen Monarchie konnten wir so
großem Unrecht nicht nur im kaiserlichen Reich der Agitation treiben,
der heute in der Republik für die Monarchie getrieben und ge-
handelt wird. Der Abg. Leiß hat gestern gesagt, die Verordnungen
des Reichspräsidenten genügen zum Schutze der Republik, man
hätte nicht im Eilzugstempo dieses Gesetz machen sollen. Warum
die Verordnungen des Reichspräsidenten nicht genügen, um den
Schutz der Republik zu gewährleisten, das hat der Reichsjustiz-
minister im Hauptansatz eingehend dargelegt. Dazu kommt,
daß die Verordnungen des Reichspräsidenten in den verschiedenen
Ländern offensichtlich sabotiert werden. Obwohl durch die Ver-
ordnungen die Regimentsfeiern verboten sind, wurde erst kürzlich
in einer Zeitung zur

Regimentsfeier des bayrischen Regiments Nr. 165

eingeladen und ergänzend dazu bemerkt, die bayrische Regierung
habe Entschlüsse für diese Veranstaltung zur Verfügung gestellt.
(Hr. Vogel links.) Ich weiß nicht, ob der Abg. Leiß das Gesetz
auch ganz für überflüssig gehalten hätte, wenn er Kenntnis ge-
hört hätte von dem Entschlusse des bayrischen Ministers des Inneren
von H. Jann, der sich auf die Ausführung der Verordnung be-
zieht. In diesem Entschlusse wird den Polizeibehörden zur Pflicht ge-
macht, vor dem Beginn von Festlichkeiten, die dem Ministerium
die Aufmerksamkeit und weitere Besorgungen abwarten. Bis
dahin lassen natürlich die Mörder, wenn sie sich in München
aufhalten und dort auf Anweisung des Reichsanwals beschattet
werden sollen, langst gelassen oder gewarnt werden sein.

Die Regimentsfeiern haben mit der Pflege der Kamerad-
schaft und mit der Erinnerung an gemeinsame Kampfpläne und
alle Anzeichen nichts zu tun. Es handelt sich dabei um nichts
anderes als um die Vorbereitung des Reichskriegs und um die
Wiederherstellung der Monarchie.

Was so unüberwindlich ist es mir, daß der Reichswehrminister
auch des offenstehenden antirepublikanischen Charakters dieser
Feiern der Reichswehr die Zeitnahme daran gefallt. Besonders
in Bayern kommt der monarchistische und antirepublikanische Cha-
rakter der Regimentsfeiern sehr stark zum Ausdruck. Vorwissen-
nisse in München, Erlangen und Regensburg sind zur Ge-
winnung. Ein Oberst hat die Zeitnahme an einer Truppenfeier für
Rathenau abgelehnt, weil er nicht seinen Feind Rathenau
für den Feind eines Truppenkommandos halten darf. Er hat
verweigert, daß alle Arbeiter, die an der Demonstration vom 4. Juli
teilgenommen haben, präsumt zu erlassen sind. In Potsdam
herrscht immer noch der alte Geist. Bei der Entlassungsfeier des
Hauptmanns erklärte der Redner: „Wir kämpfen für Kaiser
und Reich.“ (Stürmischer Lärm links und in der Mitte.) Bei
dieser Feier wurde der Kommandant einer republikanischen
Truppe von einem Mitgliede des Hauses Hohenzollern, das an
der Feier teilnahm, den Degen. (Hr. Vogel links.) Die
Reichswehr ist zu einem Feind der Republik

geworden, und mit seiner Partei entspricht die gesamte An-
wesenheit die Unterstützung der Reichswehr an den Regiments-
feiern als eine unerhörte Provokation.

In einer einstimmigen Resolution sind die Reden des Reichs-
anwalts und des Reichspräsidenten, die aus Anlaß der Er-
klärung Rathenaus gehalten wurden, angegriffen. (Hr. Vogel
links.) Jeder Versuch, die republikanische Bewegung gewaltsam
zu unterdrücken, würde einen Aufbruch zur Folge haben. Wir er-
warten, daß der Reichswehrminister jede provokative und anfein-
dliche Teilnahme der Reichswehr an Regimentsfeiern ver-
bietet, ebenso die Anwesenheit jeder Verbindung der Reichs-
wehr mit den Offizieren der alten Armee, und endlich daß in
der Reichswehr der Republik auch im Jahre der Republik zur
Geltung kommt und mit ihr der Offizieren und Mannschaften
der Reichswehr und des Reiches der republikanischen Bewegung. Wir

erwarten weiter, daß rücksichtslos vorgegangen wird gegen An-
gehörige der Reichswehr, die immer wieder den Geist der Ver-
fassung verlegen, und rufen Ihnen zu: „Wollen Sie ein Längchen
wagen? Wir spielen auf!“ (Stürmischer Beifall links.)

Zur Beantwortung der Interpellation, soweit sie das Reichs-
justizministerium betrifft, nimmt das Wort:

Reichsjustizminister Dr. Rabenhof: Die Interpellation über
die Schadloshaltung derer, die wegen Handlungen zur Abwehr hoch-
verräterischer Unternehmungen zum Schadenersatz verpflichtet sind,
bezieht sich auf die sogenannten Massenprozesse, die nach dem
Kapp-Bußsch überall in Deutschland angetreten wurden. Es
handelt sich in diesen Prozessen um Schadenersatzforderungen
wegen der Beschlagnahme von Waffen durch Aktionsausschüsse.
Der 2. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Kiel hat in einem solchen
Prozesse entschieden, daß unter den damals herrschenden Umstän-
den in der

Beschlagnahme von Waffen

durch verfassungstreue Personen, die damit die gegenwärtige
Staatsform schützen wollten, ein schuldhaftes Vergehen nicht
zu erkennen ist. Die Frage ist in dem betreffenden Prozeß ab-
geurteilt worden.

Mit peinlichen Besorden habe ich die Mitteilung ver-
nommen, die der Abg. Vogel über einen Erlaß des bayrischen
Ministers des Inneren gemacht hat. Ich habe von diesem Erlaß
noch keine amtliche Mitteilung, weiß auch nicht, ob er ergangen
ist. Wäre dies der Fall, dann würde er in keinem Gegensatz zur
Reichsverfassung stehen. Die Reichsanwaltschaft ist eine vorgeordnete
Behörde der Staatsanwaltschaft, und zwar in den Sachen, für die das Reichs-
gericht zuständig ist. Die Beamten der Staatsanwaltschaft haben
also in diesen Fällen den Befehlen der Oberstaatsanwaltschaft
Folge zu leisten, ebenso die Polizeibehörde.

Major Schleicher als Vertreter des erkrankten Reichswehr-
ministers beantwortet die Interpellation, soweit das Reichswehr-
ministerium in Frage kommt und sagt, die Wahrung der mili-
tärischen Feier bei der Unversehrtheit Hindenburgs in Königsberg
war ausdrücklich genehmigt worden. Die Truppe wurde an-
gegriffen und mußte sich verteidigen. Fast durchweg sind die
Gedenkfeiern einwandfrei verlaufen. Wo Verstöße gegen die Nicht-
karian des Reichswehrministeriums festgestellt worden sind, ist
sofort eingeschritten worden. Die Regimentsfeiern sollen ein
Mittel sein, die Zusammengehörigkeit zu fördern. (Sehr. Rufe
b. d. Unabh. u. Konst.: „Freiheit!“ „Lüge!“ — Ordnungsrufe
für die Zwischenrufer.) Wieder ist nicht zu verkennen, daß die
Regimentsfeiern von Persönlichkeiten, auf die der Reichswehr-
minister keinen Einfluß hat, zu parteipolitischen Zwecken miß-
braucht werden. Infolgedessen hat der Reichswehrminister ein-
schränkende Bestimmungen erlassen, und im übrigen unterliegt
die Frage eines eventuellen Verbots der Beteiligung der Reichs-
wehr an Regimentsfeiern augenblicklich der Prüfung des gesamten
Kabinetts.

Reichsminister des Inneren Dr. Richter: Die Rechtsmittel, mit
denen die Reichsregierung vor der letzten Verordnung des Reichs-
präsidenten gegen Vereinigungen vorgehen konnte, waren nur
sehr gering. Wir haben in dem Bewußtsein, daß die weitere
Existenz gewisser Organisationen nicht nur inner-, sondern auch
außenpolitisch eine Quelle von Schwierigkeiten ist, ver-
schiedene Organisationen wie Nothdach, Hubertus, Kullod und
Oberland aufgelöst und sie auch dann verboten, als sie ver-
suchten unter andern Namen weiter zu existieren. Durch die
Verordnung des Reichspräsidenten haben wir neue Mittel in die
Hand bekommen, diese Krankheit zu bekämpfen. So können
wir jetzt

gegen den Stahlhelmbund

vorgehen, und auch in Bremen sind auf Grund der letzten Ver-
ordnung des Reichspräsidenten verschiedene Verbände aufgelöst
worden, z. B. der Bund der Aufrechten, der Verband national-
germanischer Soldaten. Auch in Sachsen sind diese Verbote erfolgt.
Feinere sind verboten worden alle Landes-, Bezirks- und Orts-
gruppen des Deutschholländischen Schutzbundes, der Deutschholländischen
Jugend, der altsächsischen Verbände, des Jungdeutschen Ordens
und so weiter. Ob die neuen Maßnahmen von Erfolg sein wer-
den, wird die Zukunft lehren. Schon vor 1 1/2 Jahren ist ein
Reichskriminalgesetz erlassen worden, das Ihnen in den näch-
sten Tagen erneut zugehen wird. Wir müssen Maßnahmen haben,
um mit aller Entschlossenheit gegen die Vereine loszugehen zu
können.

Auf Antrag Gohs (Soz.) wird dann in die Besprechung der
Interpellation eingetreten.

Hr. Gohs (Dt. Rp.): Die Veranstaltung in Ostpreußen war
ganz unpolitisch. Hindenburg hat nur noch einmal Gelegenheit
genommen, seine Heimat und die Städte zu besuchen, denen
Ehrenbürger er ist. Einen Mann wie Hindenburg parteipolitisch
zu kempfen, ist unerhört. (Lärm links.) Schämten müssen wir
uns vor dem Ausland. (Beifall rechts.) Handelskassen auf der
Reichstribüne. Lärm b. d. Unabh. u. Konst., die verlangen, daß
die Tribüne geräumt wird. Vizepräsident Bell teilt mit, daß die
französischen Tribünenbesucher bereits die Tribüne verlassen haben.
Die Unabhängigen und Kommunisten zeigen aber noch auf andere
Seite, deren Entfernung sie ebenfalls fordern, und die dann auch
von den Dietzen ausgewiesen werden. Im Laufe jetzt sich der
Lärm zwischen Abgeordneten der Linken und Rechten fort, den
Präsident Bell vorgebens zu beenden versucht. Nachdem sich der
Lärm gelegt hat, geht der Redner auf die Einzelheiten des Ver-
trages Hindenburgs in Ostpreußen ein, wobei er fortgesetzt durch
Zwischenrufe der Linken unterbrochen wird.

Hr. Gensel (Dt. natl.): Hindenburg ist keine politische Per-
sönlichkeit und darum waren auch die Feiern, an denen er teil-
genommen hat, keine politischen. Wir Deutschen werden uns die
Erinnerung an unser Heer und unsere Marine und an deren
Führer nicht nehmen lassen. (Beifall rechts.) Zwischenrufe links,
auf die der Redner nicht antwortet: Wenn die Heimat
unser Heer nicht in den Rücken gefallen wäre... Großer
Lärm links. Die Abgeordneten sämtlicher sozialistischen Parteien
drängen mit erhobenen Händen auf den Redner ein. Zurufe wie:

Lump! Schuft! Schurke! Mörder!

naberschafter Recl. unter, Schluß, raus und andre werden gegen
den Redner geschleudert. Einige Abgeordnete trommeln unau-
sgesetzt mit den Fäusten auf den Tisch des Hauses. Der Prä-
sident ist nicht in der Lage, die Ruhe wiederherzustellen und
unterbricht die Sitzung auf eine Viertelstunde. Erst ganz all-
mählich legt sich der Lärm, während die Abgeordneten in er-
regten Gruppen im Saale beieinander bleiben.)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt Präsident Lobe
mit, die sozialdemokratische Fraktion, zu der gerichtet der Abge-
ordnete Gensel die zu dem Zeitpunkt fällenden Worte gesprochen
hat, sieht sich dadurch ganz besonders gekränkt, weil ihr Mitglied
Ludwig Frank auf dem Schlußfeld gefallen sei. (Sehr. Sehr
richtig! links.) Der Abgeordnete Gensel habe hier mitgeteilt,
daß er infolge des Lärms nicht in der Lage gewesen sei, den Saal
zu verlassen. Er habe nämlich diese aufgestellte Behauptung
durch die Aussage des Unabhängigen Vater (Koblenz) er-
halten wollen. (Gelächter links.) Dann erteilt der Präsident
dem Abgeordneten Gensel erneut das Wort. Als er die Redner-
tribüne betritt, schallt ihm ein hundertstimmiges „Heil!“ ent-
gegen. Die weiblichen Mitglieder der sozialistischen Fraktionen,
die sich als Vertreterinnen der Mütter, die ihre Söhne im Kriege
bezogen haben, und auch die übrigen Mitglieder der sozialistischen
Fraktionen fordern in rühmlichen Ruf, daß Gensel abtritt.
Dieser nicht selbst die Unmöglichkeit ein, weiterreden zu können
und verläßt die Tribüne. Daraufhin schließt Präsident Lobe kurz
nach 7 Uhr die Sitzung und beruft die nächste auf Freitag
4 Uhr ein.

43. Sitzung der Stadtverordneten.

Magdeburg, 8. Juli.

Stadtvorstand. Der Vorsitzende um 4 1/2 Uhr die Sitzung und machte bekannt, daß ein Antrag des hiesigen Beamtenvereins...

Stadtrat Landberg: Ich weiß durch statistisches Material nach, daß wohl eine große Steigerung der Lebensmittelpreise eingetreten ist...

Stadtvorstand: Der Antrag wird dem Magistrat überwiesen. Außerdem liegt vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten ein Antrag vor...

Stadtvorstand: Es muß festgestellt werden, daß die Werte der Kriegsbeschädigten nur einen Bruchteil von dem ausmachen, was ein solcher Renteneinpfänger an Gehalt ausübt...

Der Antrag wird dem Magistrat überwiesen. Dann werden 28 Punkte der Tagesordnung ohne wesentliche Änderung auf Antrag der Berichterstatter hin angenommen...

Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues

Stadtvorstand: Im Interesse einer normalen Entwicklung der Stadt läge es, wenn der Entwurf, in 10 Jahren 9000 Wohnungen zu bauen, verwirklicht würde...

Stadtvorstand: Wir geben schweren Herzens unsere Zustimmung und fordern, daß der Staat endlich einmal Mittel anwendet, um einwermachen sichtbare Erfolge bei der Bekämpfung der Wohnungsnot zu erzielen...

Stadtvorstand: Die Abgaben der Mieter bedeuten eine schwere Belastung derselben. Wir können aber keinen anderen Weg gehen, weil es nur zwei Möglichkeiten gibt: entweder freien Wohnungsmarkt oder Mieterchutz mit Abgaben zur Förderung des Wohnungsbaues...

Nachdem noch die Stadtverordneten Dürre (Dem.), Reitz (Dt.-natl.) und Dr. Heffing (Unabh. Soc.) ihre Zustimmung begündet haben, wird die folgende, in der interfraktionellen Besprechung beratene Entschließung einstimmig angenommen:

1. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu, beauftragt aber den Magistrat, rechtzeitig bei der Regierung vorstellig zu werden, damit eine Umarbeitung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues nach sozialen Gesichtspunkten eintritt...

2. Die Ausführungsbestimmungen zu dieser Ordnung erläßt der Kleinwohnungsausschuß. Er ist insbesondere berechtigt, Milderungen einzutreten zu lassen, wenn die Eingehung der städtischen Abgabe zu besondern Härten führen würde...

3. Sofort bei der Veröffentlichung der Wohnungsbaugesetze ist darauf hinzuwirken, daß in Fällen bürgerlicher Verhältnisse die Abgabe Stundungsanträgen weitgehend nachgegeben wird.

Der Hauptetat.

Es folgt die Beratung des Haushaltsplans für 1922. Stadtvorstand: Felshaus empfiehlt die Annahme mit der Begründung, daß ja hier nur eine Zusammenstellung aller der Punkte vorliegt, die schon beraten und angenommen sind...

Summe des Hauptetats ist auf 600 Millionen Reichsmark veranschlagt. Es bleibt bei dem jetzigen Stand noch ein Überschlag von 110 Millionen zu decken.

Stadtvorstand: Wir geben unsere Zustimmung, ohne aber die Verantwortung für jene Punkte, die wir schon früher kritisierten, zu übernehmen. Die Landeshohe dürfen nicht verringert werden und die Schuldenlast in den Volksschulassen ist schon zu hoch und darf nicht noch vergrößert werden.

Bürgermeister Paul: Wenn man am Rechnen ist, dann schränkt man sich sogar dort ein, wo es eigentlich nicht zulässig ist. Die Städte aber sind hauptsächlich am Rechnen, wenn nicht dem Staate bald die Frage der Geldbeschaffung anders geregelt wird.

Stadtvorstand: Wir empfinden es bitter, daß es den Gemeinden unmöglich ist, die notwendigsten und selbstverständlichen Forderungen zu erfüllen. Durch die rachsüchtige Mordtat der tollgewordenen Nationalisten ist die allgemeine Not und damit die der Städte noch größer geworden...

Stadtvorstand: Es ist dringend notwendig, daß der gute Gedanke der Häuserbemalung nicht durch den Anflug der Leibesbemalung halber Untergeschosse, der sich in letzter Zeit bemerkbar macht, zu Tode geheht wird...

Dann werden noch eine Reihe anderer Tagesordnungsgegenstände, wie Beschaffung von Pumpen für den Schlachthof, Beschaffung von Gasessern und Erweiterung der Straßenbeleuchtung um 200 Gaslaternen, angenommen.

Am Schluß der öffentlichen Sitzung findet die Plenarversammlung der Armenpflegerin nach dem Vorschlag des Mahlkassenschulze statt. Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Provinz und Umgegend.

Der Opfer- und Werbetag!

Parteiengenossen und Genossinnen!

Die Republik und ihr Bestand sind durch die Vorgänge der letzten Wochen in sich wacher Gefahr. Große Kämpfe wird die Arbeiterklasse führen müssen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden...

einem Opfer- und Agitationstag für Partei und Presse. Die Partei kann sich nur auf die gesunde lebendige Kraft des Proletariats stützen...

Appelliert an die Geseftigkeit. Dessen Herz und Hand, damit die großen Aufgaben erfüllt werden können, die wir im Hinblick auf den Sieg des Proletariats erfüllen müssen...

Einigkeit in die Agitation. Ein jeder tue seine Pflicht. Sammeln und Werbematerial ist den Ortsvereinen zugestellt worden.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 7. Juli. (Rein bürgerlicher Republikaner im Stadtparlament.) Die Stadtverordneten-Sitzung vom Mittwoch brachte einen Magistratsantrag, die beiden Hohenzollern-Denkmalter und das Bismard-Denkmal zu entfernen...

Es war das war es, was bei den Reichstagen des Herrn von Hofler auf der Göttinger Straße in Göttingen wurde; denn man sah für ihn keine erklärten Gegner und Gönnerinnen...

Wer dem Herrn Kardinal Bernis einlang nach langem Umherirren nicht, daß sich der Prinz Soultje mit besonderer Teilnahme des Reichsbundleiters angenommen habe...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Steffenhagen zum Schiedsraum für den Bezirk... Von einer Erhebung der Pflegschaft für das Altes- und B... Herrn angeht. Mit der Regelung der Baukostenzuschüsse für die Neubauten an der August-Debel-Strasse geht der Rang los...

Wer regiert denn?

Von Heinrich Höpffe.

(10. Fortsetzung.)

Der Prinz hatte bei der Marquise von Kompadone leichtes Spiel, sie zu überreden, daß der schöne junge Mann, der sich für ihre Ehre so ritterlich in den Kampf gewagt habe, auch Namen und Würde des Rittertums verdiene...

Siehe da! Es erschien das Adelsdiplom und das Ludwigskreuz. Der preisvolle und dickkopfe Buchhalter mit seinen Kindern und Kindeskindern ward einer von Frankreichs edeln Rittern...

Was fehlt Dir noch? sagte Pauline lachend zu ihm. Lachend erwiderte er: Die Ehre hab ich, Gott sei Dank, gewonnen, denen mein Stammbaum leider nichts mehr nützt...

II. Der Schächer.

Was ist das für ein Schächer? fragte Pauline lachend zu ihm. Lachend erwiderte er: Die Ehre hab ich, Gott sei Dank, gewonnen, denen mein Stammbaum leider nichts mehr nützt...

Was ist das für ein Schächer? fragte Pauline lachend zu ihm. Lachend erwiderte er: Die Ehre hab ich, Gott sei Dank, gewonnen, denen mein Stammbaum leider nichts mehr nützt...

Was ist das für ein Schächer? fragte Pauline lachend zu ihm. Lachend erwiderte er: Die Ehre hab ich, Gott sei Dank, gewonnen, denen mein Stammbaum leider nichts mehr nützt...

alle Nichts verschwinden. Die Menschen spielten im Sonnen- glanz der königlichen Willkür einen wahren Mühsal. Die einen flohen überflutet, die andern fürzten mit verzweifelten Fittichen wieder...

Es war das war es, was bei den Reichstagen des Herrn von Hofler auf der Göttinger Straße in Göttingen wurde; denn man sah für ihn keine erklärten Gegner und Gönnerinnen...

Wer dem Herrn Kardinal Bernis einlang nach langem Umherirren nicht, daß sich der Prinz Soultje mit besonderer Teilnahme des Reichsbundleiters angenommen habe...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

heit. Im Herzen dachte er aber an Pauline, und daß sie die Urheberin seiner neuen Erhebung sei.

„Wichtig!“ erwiderte Pauline. „Dein Leben macht sich von selbst. Solange Du nichts darfst, hätte Dich der Fuß jedes Lakaien mit all Deinen Engländern in den Staub getreten.“

Das Beste von allen Standeserhebungen ward für Colas die Möglichkeit eines freieren Umganges mit Pauline. Der Graf von Oron zog den königlichen Hof in seine Gesellschaft...

Seine neue Ausstattung zog ihn zu neuen Verbindungen und Verhältnisse. Er lernte es bald aus, daß die Kunst der Diplomatie so schwierig nicht sei...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Colas ward eines Abends zum Kardinal berufen. Dieser empfing ihn mit seiner ihm eigenen Artigkeit und sagte: Herr von Hofler, schon längst war ich ein Bewunderer Ihrer glänzenden Lokute...

Ein antisemitischer Volksschullehrer als Verteufelnder.

Vor dem Schöffengericht in Gerstede bei Halle hatte sich der Volksschullehrer Carl Schmalz aus Selbra wegen öffentlicher Beleidigung des Oberpräsidenten Genossen Görting zu verantworten. Der Angeklagte berief zum 26. Februar in Gerstede eine öffentliche Versammlung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes ein, in der er über das Thema "Sollen die Arbeiter hungern?" referierte. Im Verlauf seiner Rede führte er zu den Versammelten mit besonderem Nachdruck folgendes aus: "Wissen Sie denn schon, was für einen tüchtigen Oberpräsidenten wir haben? Ist Ihnen bekannt, daß sie diesen Mann sinnlos beiraten aus dem Reichstag schleppen mußten? Ist Ihnen weiter bekannt, daß dieser Mann in der Eigenschaft als Staatskommissar für Oberschlesien 30 000 Paar Schuhe und mehrere Waggons Apfelsinen und Zigaretten verschoben hat?" Er betonte am Schluß seiner Behauptungen besonders, daß er diese Angaben nicht aus der Luft gegriffen habe, sondern daß diese nackte Tatsachen seien.

In der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht erklärte der Angeklagte, daß er die Verurteilungen in der ihm zur Last gelegten Form nicht gebraucht habe. Er will sich, als er die Behauptungen in der Versammlung aufstellte, auf die "Mitteldeutsche Presse", das "Deutsche Wochenblatt" und die "Oberschlesische Grenzzeitung" berufen haben, in denen er die Angaben gelesen haben will. Die "Mitteldeutsche Presse" gibt der faktisch bekannte Staffirer Kottenrott heraus, das "Deutsche Wochenblatt" redigiert Knüppel-Funke, und der Mäcker der "Oberschlesischen Grenzzeitung" war der Pole Korzant, der durch seine deutschfeindlichen Hezreten dem deutschen Volke bei der Abstimmung in Oberschlesien Laufende von Stimmen entriß. Aus diesen Hezblättern, die nur darauf ausgehen, das Ansehen der Republik zu schädigen, nehmen die deutschvölkischen Judenbekämpfer ihr Material.

Nach mehrstündiger Verhandlung beauftragte sich der Angeklagte endlich mit folgender Erklärung: "Ich kann den Wahrheitsbeweis meiner Behauptungen nicht antreten und nehme sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück." Oberpräsident Genosse Görting nimmt als Zeuge Gelegenheit, dem Gericht sein Wirken in Oberschlesien zu illustrieren, damit die breitere Öffentlichkeit endlich einmal die Wahrheit darüber erfährt. Am 1. Januar 1919 führte Görting aus dem Reich als Parteiführer nach Schlesien zurück. Er fand in seinem Wirkungskreis ein müßiges Chaos vor. Politische bewaffnete Banden machten das Land unsicher, Handel und Verkehr ruhten. Diebstähle und Räubereien waren an der Tagesordnung. Durch Schlesien ging ein Aufzug eines Mannes, der endlich hart zugreift und die Ordnung wieder herstellt. Man trat an den Genossen Görting heran, der sich bereit erklärte, als Staatskommissar für Oberschlesien zu berufen, geordnete Verhältnisse herzustellen. Seine besondere Aufmerksamkeit widmete er stets der Arbeiterschaft. Er sah die Not, in der die ober-schlesische Bergarbeiter-schaft steckte, er wollte helfen, hatte aber weder Textilwaren noch Lebensmittel zur Verfügung. Es gelang ihm, 30 000 Paar Schuhe für die ober-schlesische Bevölkerung zu erwerben, die er zu billigen Preisen an die Arbeiter verteilen wollte. Das Reich wollte aber das Risiko der Beförderung nach Oberschlesien nicht übernehmen. Die Unternehmer in Schlesien erklärten ebenfalls, daß das Risiko zu groß sei. Es fand sich in ganz Schlesien nicht ein Mann, der zugunsten der mitleidenden Bevölkerung etwas wagen wollte. Der einzige, der opferwillig eintrat und in Anbetracht der Not auch gewillt war, das große Risiko zu übernehmen, war der Jude Hamburger, der dann auch die Verteilung der Schuhe

übernahm. Alles andere, vor allem die Behauptungen, daß Genosse Görting an jedem Paar Stiefel 12 Mark verdient hätte, sind gemeine Lügen.

Genau so verhält es sich mit der ihm zur Last gelegten Verschönerung der Waggons Apfelsinen und Zigaretten. Diese Lebensmittel sind an die Kommunalbehörden geliefert worden, um sie vor dem Verderben zu schützen.

Diese Tatsachen und einwandfreien Handlungen Görtings wurden von den antisemitischen Kreisen unseres Volkes in der gemeinlichen Weise verdreht, um dem Ansehen der Republik zu schaden und das Volk gegen die Führer der Republik zu hetzen. Diese Geste der deutschvölkischen Kreise hat auch die Verdammnisphäre geschaffen, die das deutsche Volk jetzt durchkosten muß und unser gesamtes Wirtschaftsleben aufs schwerste erschüttert.

Als der Rechtsbeistand Görtings, Dr. Jochenheim (Halle), dem Angeklagten und seinen Genußgenossen die Mätze vom Gesicht riß und sie an dem Wort an Rathenau als mißschuldig bezeichnende, brachte es der Angeklagte noch fertig, vergnügt zu grinsen.

Das Gericht erkennt nach längerer Beratung den Angeklagten der schweren öffentlichen Beleidigung für schuldig und verhängt über ihn eine Gefängnisstrafe von vier Wochen. Währenddessen wurde wegen der Schwere der Beleidigung abgelehnt. Auf Wunsch des Verteidigers und des Oberpräsidenten Görting wurde die Abhängigkeit der Strafe auf 3 Jahre ausgesetzt, um den Angeklagten noch einmal vor dem Gefängnis zu bewahren.

Damit ist wieder einmal ein Völkergewebe der deutschvölkischen Judenhezer gerissen worden. In Anbetracht der gemeinen und niedrigen Handlungsweise des Angeklagten wäre es angebracht, den Angeklagten auch noch seines Postens als Volksschullehrer zu entheben. Es geht nicht an, daß die Kinder der Arbeiterschaft von solchen monarchistischen Judenhezern und Feinden der Republik "unterrichtet" werden sollen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 7. Juli 1922.

Republikanische Straßennamen.

Zu dem Beschluß des Magistrats, einige Straßen in der Stadt umzubenennen, schreibt uns ein Geschäftsmann und Anhänger des republikanischen Systems folgendes: "Jeder, einerlei welcher Parteirichtung oder Klasse er angehört, muß, wenn er Anhänger eines geordneten Staatswesens sein will, jeden parteipolitischen Nörrd verdammen. So ist es auch hinsichtlich des heillosen Wortes an Rathenau der Fall. Nicht aber ist es angelegentlich, daß eine ungesunde und eine dadurch hervorgerufene Augenblinkschwärzung andauernd wird, um Straßen und Plätze umzuwandeln und weite Kreise der Bevölkerung, arm und reich, auf lange Jahre mehr oder weniger zu schädigen, abgesehen vom Stadtbüdel selbst, der die teuren Änderungen der Straßennamen usw. auf Kosten aller Bürger zu bezahlen hat.

Die Wahrheit ist, daß die Umbenennung erwünscht, be- achtet offenbar nicht, daß die Bezeichnungen "König", "Kaiser" und so weiter gar nichts mit den Persönlichkeiten der früheren Herrscher zu tun haben, vielmehr dem Ausdruck des Schönen und Erhabenen von altersher dienen und daher in jedem Orte fester- lich die schönsten Straßennamen bedeuten, in denen Bürger jeder Parteirichtung seit vielen Jahrhunderten wohnen und ihre Geschäfte betreiben. Darunter sind viele, die in der engeren Heimat und in der weiten Welt eine tiefanerkannte Respektabilität zählen, als auch Großstädte, Banken und Versicherungsgesellschaften, deren Rump- schloß gewohnt ist, unter den alten Adressen Jahrzehnte hindurch mit diesen Geschäften zu verkehren. In Tausenden von Schar-

heiten in andern Städten finden sich die Straßen Magdeburgs und der darin befindlichen Geschäfte, welche in Beziehungen zu auswärtigen Städten, eingetragener, was alles unrichtig wurde und geändert werden müßte.

Millionen von Briefbogen, Prospekten, Rechnungen, Prämienquittungen sind bereits mit den alten Adressen in der Welt verstreut und im voraus zur kommenden Vernichtung be- druckt. Grundbücher, Akten aller Art weisen die bisherigen Be- zeichnungen auf, und alles muß abgeändert werden, wenn nicht die ruhige Ueberlegung auch bei den Sozialisten Einfuhr hält, deren Anhänger ebenfalls mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen würden, soweit sie in solchen umgetauften Straßen um- wohnen oder mit den Geschäften darin in Verkehr stehen. Selbst- verständlich ist es unmöglich, alle Geschäftsfreunde und Kunden in der weiten Welt davon in Kenntnis zu setzen, daß ausgerechnet Magdeburg, welche Stadt gerade jetzt die Augen durch die Miama auf sich zieht, Straßennennungen vornimmt oder vornehmen will, bei denen es sich zum Teil um ausgeprägte wichtigste Ge- schäftsstraßen handelt. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß in den kommenden Jahren noch viele Tausende von Sendungen aller Art unter den alten Straßennennungen einlaufen, welche die in solchen Dingen oftmals eigenwillige Post als unbestellbar zurückgehen läßt.

Wer erkeht den in diesen Straßen wohnenden Bürgern und Geschäftsfreunden den dadurch erwachsenen, unter Umständen ge- waltigen und die Stadt Magdeburg auch selbst damit treffenden Schaden? Wer vergißt die gewaltigen Kosten des Umdrucks von Millionen von Geschäftspapieren aller Art?

Bedenkt man nicht, daß es gerade die Geschäftskreise und Firmen in erster Linie sind, die als Kopparbeiter den Hand- arbeitern durch ihre Geschäftsverbindungen usw. nicht allein Ver- dienstmöglichkeiten schaffen und den Handel Magdeburgs fördern und große Steuerbeträge jeder Art abführen, sondern auch zu Sammlungen aller Art, die allen Ständen und sozialen Einrich- tungen zugute kommen, in erster Linie beisteuern!

Sonach soll man von allen überleiteten Maßnahmen, die über die regierungsfremden Bestrebungen hinausgehen, absehen, nicht unnötig die auf der gesamten Geschäftswelt lastenden Mühen und Sorgen, die mit demjenigen der Handarbeiter eng verknüpft sind, vergrößern und unnötige Mühen und Kosten und jahrelange Schädigungen hervorrufen, dagegen die gesamte Bürgerschaft ge- schlossen für Aufrechterhaltung der republikanischen Verfassung eintreten und nur diejenigen mit aller Strenge zur Verant- wortung ziehen, die dagegen verstoßen. Das Genügt vollständig. Ein Mehr ist vom Hebel und dürfte nur Verbitterung auch in solchen Kreisen hervorrufen, die links stehen und durch unnötige Maßnahmen auch in Mitleidenschaft gezogen werden. Ungeheuer ist die Menge auch der Sozialisten, die in den Tagen des Glanzes unsers Vaterlandes den derzeitigen Herrschern bei jeder Gelegen- heit beilegte mehr als es nötig gewesen wäre, aufzuwachen. Nach das soll man beachten.

Ein Anhänger des republikanischen Systems schon seit 40 Jahren, der auch Juden zu seinen Freunden zählt."

Wir bringen diese Zuschrift gern. Schon zum Beweis dafür, daß wir auch kritische Einwürfe nicht zu scheuen brauchen. Es ist richtig, daß durch die Umbenennung der Stadt und Privaten Unkosten entstehen. Aber in welchem Verhältnis stehen diese zu den Milliarden, die der Staat an Rathenau jeden einzelnen und die Gesamtheit gelöst hat und noch lösen werden. Es mag sein, daß die Kaiser- und Königsstraßen nicht in direkter Bezieh- ung zu irgendeinem bestimmten Hohenzollern stehen. Aber wer weiß das im Ausland, mit dem uns, wie der Einsender mit Recht hervorhebt, so viele Fäden verbinden? Aber gerade in diesem Aus- land wird man davon voraussetzen, daß in die Republik tat- sächlich ein anderer Geist eingezogen ist, wird daraus schließen, daß die neue Staatsform sich befestigt hat und Dauer verspricht. Sollte der Herr Einsender diesen Posten in unserm Gutachten nicht auch sehr hoch anschlagen für unsere Handelsverbindungen? Sollte nicht allein dieser eine Umstand alle Unkosten in reichstem Maß aufwiegen?

Ganz beiseite sei hier noch darauf hingewiesen, daß das kaiserliche Deutschland, oder richtiger das Bürgertum und die Geschäftswelt unter dem Hohenzollernregime nicht so ängstlich waren. Während des Krieges sind viele Straßen um- und neu benannt. Wir erinnern an die Königgrätzer Straße in Berlin, die in Bukapester Straße umgetauft wurde, und an die zahllosen Hinden- burgstraßen, denen in vielen Städten auch alte, sehr alte Straßennamen zum Opfer fielen. Daraus hat man von einer Ver- bitterung nichts gehört und nichts gelesen.

Wir sind der Meinung, daß gerade die solche Geschäfts- welt ein hohes Interesse daran hat, wenn wir in Deutschland wieder zu ruhigen Zuständen kommen. Die Voraussetzung dafür ist, daß zuerst der Kampf mit den Rechtsbrechern und Feinden der Republik zu Ende geführt wird. Und ein heines Kampfs- mittel in diesem Ringen um den Bestand der deutschen Republik ist die Umbenennung der Straßen. Jeder wahre Freund der Republik und des Volkes sollte uns in diesem Kampf unterstützen und nicht heisebeistehen, wenn damit auch einige Augenblinks- ausgaben entstehen, die sich auf die Dauer mit Gold verzinsen werden.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Große Funktionärtsitzung am Montag den 10. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Augustahalle, 11. Sternstraße. Zur Eintritt gegen Vorzeigen der Funktionärtskarte und des Mitgliedsbuches.

Die Funktionäre der Beamten und Angestellten des Staates und der Gemeinde treffen sich in der Aula 1/2 Stunde vor Beginn der Funktionärtsitzung.

Das Parteifest findet am Sonntag den 30. Juli statt. Karten à 3,00 Mark sind ab Montag zu haben.

Falsche Gerüchte.

In Magdeburg und auch in andern Orten des Reiches schwirren die wildesten Gerüchte herum über die Ermordung des Reichs- schatzministers, des Genossen Bauer, und des Jagüden Helmut v. Gersdorf. In all diesen Gerüchten ist kein wahres Wort. Infolge des Vordrängens in Berlin sind seit einer Woche keine Berliner Zeitungen erschienen. Dadurch ist der Boden für die Bildung solcher Gerüchte besonders günstig.

Wir warnen nachdrücklich vor diesen Gerüchten und weisen besonders darauf hin, daß kurze Zeit nach einer solchen Tat Extraplättchen zu haben sein müßten, daß aber ein kundenlanges Schwärzen der Presse schon ein Dementi der Gerüchte bedeutet. Man kann sich bei der Fähigkeit, mit der diese Falschmeldungen herumgetragen werden, des Verdachts nicht enthalten, daß irgendeine Gruppe ein besonderes Interesse an der Denarrichtung und Ausbreitung der Gerüchte haben und es sich daher angelegen sein lassen, immer wieder falsche Gerüchte in Umlauf zu bringen.

Sariftöhne für den Monat Juli.

Der hiesige Schlichtungsausschuß verhandelte am Donnerstag unter Vorsitz des Direktors Dr. Kästgens vom Vande- arbeitsamt die Anträge auf Lohnerhöhung für den Monat Juli, von den größten Gewerkschaften hier am Orte gestellt waren. Erledigt wurden die Anträge der Metallarbeiter, Transportar- beiter, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter und Brauerei- und Mühlenarbeiter. Wie überaus schwierig sich die Ver- handlungen gestalteten, geht schon daraus hervor, daß von 2 U- morgens bis 7 Uhr abends verhandelt werden mußte. Erst dann konnte ein Schiedsspruch gefällt werden, der für die gelernten Arbeiter der angeführten Berufe 5 Mark Stundenzulage vorsieht und für die ra- gelernten Arbeiter 4,80 Mark. Die Funktionäre der einzelnen Orga- nisationen werden nunmehr zu diesem Sprüche Stellung nehmen.

Auch dieses Resultat wird bei der rapid fortschreitenden Ver- teuerung aller Lebensmittel nicht befriedigen. Es dürfte eine ebl. Annahme durch die Arbeitnehmer nur von dem Gesichtspunkt aus erfolgen, die Kräfte für einen größeren Kampf aufzubringen. Mit den berechtigten Forderungen der Metallarbeiter z. B., die 6,50 Mark bis zum 15. Juli und 10 Mark bis Ende des Monats vorsahen, ist der Schiedsspruch bei weitem nicht in Einklang zu bringen.

Auch an dieser Stelle sei nochmals gesagt, daß die Arbeiterschaft ihre Ergebenbereitschaft am besten wieder erkaufen kann, wenn ruhige und geordnete Verhältnisse einkehren und das Wirtschaftsleben Deutschlands nicht weiter gefährdet wird.

Witzgefahr und Witzschutz.

Wir befinden uns jetzt in der eigentlichen Gewitter- periode. Es müden darum einige Maßregeln angegeben sein, wie man sich zu verhalten hat, wenn ein schweres Gewitter mit heftigen Witzschlägen am Himmel heraufzieht. Ist man zu Hause, so hüte man sich, da sich aufzuhalten, wo irgendeine metallische Leitung sich befindet, durch die der Witz seinen Weg in das Haus nehmen könnte. Gefährlich sind die Stellen unter hängenden Lampen, Leuchttern, die in metallenen Ketten hängen; man weide auch die Nähe des Ofens, des Fensters oder einer geöffneten stark zugigen Haustür. Der beste Platz ist die Mitte einer geräumigen Stube. Manche Leute schließen angstlich alle Fenster, sobald ein Gewitter zum Ausbruch kommt. Daburh zehrt man aber die Schwüle und Bellowenheit, besonders wenn mehrere Personen im Zimmer sind, und in gleicher Weise auch die Gefahr des Erstickens, wenn der Witz wirklich ein- schlägt. Am besten ist es, die Fenster gegen die Wind- seite zu schließen, die entgegengesetzten zu öffnen.

Auf der Straße ist man in der Nähe von Mauern, unter Ähren und Vorhängen solcher Häuser, die keinen Witzableiter haben, mehr gefährdet als in der Mitte der Straße. Besonders sollten Stellen, wo das Wasser von den Dächern oder Dachrinnen in starken Strömen niederfällt, gemieden werden. Schlägt der Witz dort ein, so kann er leicht einen in der Nähe befindlichen Menschen treffen. Im Freien ist man unter Eichen, Weiden, Pappeln, Ulmen stark gefährdet. Nadelholzdörme und Birken werden weniger häufig vom Witzschlag heimgesucht. Linden, Birnbäume und Buchen am wenigsten. Nie suche man Schutz am Stamm eines Baumes, faderer ist man unter der Ähren zweigen, und zwar auf der Seite, die nicht vom Witz getroffen wird. In Baumgruppen sind Bäume in der Mitte am gefahr- testen gegen Witz, wenn sie nicht höher sind als die andern Bäume. In Wäldern suche man das Innere auf, wo die Bäume gleich hoch sind und dicht stehen. Einzelstehende Bäume sind stark ge- gefährdet, man weide auch den Rand des Waldes sowie die Büschungen, ebenso die Nähe von Bäumen mit abgehörten Ästen. Wird man im Freien von einem Gewitter überrascht, so soll man alle Witzanziehenden Gegenstände, Geräte, Waffen ablegen; sie bringen den Menschen in vermehrte Gefahr. Schnelles Laufen erhöht die Gefahr. Auf freien, böllig baumlosem Flachland bieten nur Gräben und Furchen, wenn man sich in ihnen niederlegt, sowie kleine Gräben Schutz. Eisenbahnkörper sind ziemlich witzig, ebenso gemäß der Erfahrung Eisenbahnzüge. Die Witzgefahr nimmt zu bei Menschenansammlungen; bei schweren Gewittern weide man darum, wenn möglich, den Aufenthalt in überfüllten Räumen. Zum Schluß bemerken wir, daß in Deutschland, je nach der Gewittertätigkeit, jährlich etwa 50 bis 100 Personen durch den Witz getötet werden. Großer ist die Zahl derjenigen, die getroffen werden. Manche Personen haben große Angst, sobald ein Gewitter am Himmel steht. Ihnen sei zur Beruhigung ge- sagt, daß alle Witze, von denen man den Donner hört, uns selbst nicht mehr treffen können, und daß auch alle Witze, die man sieht, für uns nicht gefährlich sind.

Unregelmäßigkeiten in der Strafanstalt.

Verhandelt wurde vor der Strafkammer des Landgerichts gegen die früheren Strafanstaltswachmeister in der hiesigen Strafanstalt Modtroy, Thierkopf und Wasse, denen zur Last gelegt wird, Schließgeschäfte gemacht zu haben. Die Angeklagten sollen aus Anstandslos Stiefel für sich und ihre Familie in der An- stalt anfertigen lassen und auch sonst noch Schuhe und Stiefel mitgenommen haben. Die Angeklagten bestreiten jede Schuld. Diese Vorgänge sollen sich im Jahre 1920 und 1921 abgespielt haben. Es ist als Schutzmann besetztigt war, früher bewohnt worden. Wie von einem Zeugen, der mit Wernicke zusam- men in einer Zelle lag, bezeugt wird, wurden neue Stiefel von diesem hergestell. Im Prozeß wurde zur Sprache gebracht, daß Zigaretten in alten Pakonneten und auch Papiertheine im Werte von 1, 2 und 5 Mark von den Gefangenen gefunden wur- den, die jedenfalls bestimmt waren, die Gefangenen gefällig zu machen. Wernicke war bei seiner Vernehmung über die An- fertigung von etwa 40 Paar Stiefeln sehr vorsichtig mit seiner Aussage, hat aber ungefähr elf Beamtene belafelt. Später hat Wernicke seine Aussage, angeblich infolge der Beeinflussung durch die Beamten, geändert. Während der Verhandlung kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen dem ehemaligen Direktor und den Angeklagten Thierkopf und Wasse, die ihm vorwerfen, daß auch er ohne Bettel seine Stiefel habe machen lassen. Von einer Reihe hangelegter Beamter werden den Angeklagten gute Zeugnisse ausgehellt mit einer Einschätzung bei Thierkopf und Wasse, die etwas übereifrig im Dienste waren, und gern Angelegen über die Gefangenen machten. Der Staatsanwalt ist von der Schuld der Angeklagten überzeugt und beantragt für Modtroy 4 Wochen und die beiden andern Angeklagten je 10 Tage Gefängnis. Das Ge- richt steht auf dem Standpunkt, daß dem Angeklagten ein Ver- fügen nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden konnte. Es müsse deshalb Freisprechung erfolgen. Von dem Staatsanwalt wurde für die nächste Zeit ein weiterer Prozeß dieser Art ange- kündigt.

Damertarten und Ausstellungstarten zur Miama

Sind zu haben im Verwaltungsgelände, Ausstellungsgelände.

Die Polizei bei der Demonstration am Dienstag. Im Laufe des Mittwochs und Donnerstags sind uns Beschwerden über Mißhandlungen von Verhafteten in Wache Ulrichstraße vorgekommen worden. Wir haben das gesamte Material sofort an den Polizeipräsidenten übergeben, der strengste Untersuchung angeordnet hat. Die Ueberriffe auf der Wache sind umso bedauerlicher, weil das Aufsehen der Schutzpolizei auf der Straße — mit Ausnahmen natürlich — einen sehr guten Eindruck gemacht hat.

Städtische Sparkasse. Im Monat Juni belief sich der Verkehr bei der hiesigen Sparkasse auf 13.637 Einzahlungen mit zusammen 44.355.709,11 Mark. Dagegen erfolgten 10.063 Rückzahlungen mit insgesamt 28.725.008,97 Mark. Sparbücher wurden 817 Stück neu ausgefertigt und 1123 Stück zurückgenommen. Auf Hypotheken wurden 681.900 Mark ausbezahlt.

Das strebende Ausland. Die beiden Lichtbildvorträge des Herrn Sabjad aus Halberstadt am Montag und Dienstag Abend in der Lützen- und Bismarckschule haben ein erschütterndes Bild der Hungernot in Rußland entworfen. Besonders die deutschen Kolonialisten sind der Vernichtung anheimgefallen. Große Gebiete sind bereits völlig ausgezehrt. 48 Wälder, die von dem Reich der ersten deutschen Kaiserzeit, Professor Mühlens, im Hungergebiet aufgenommen sind, wurden vorgeführt. Mehr als 300.000 deutsche Kolonisten sind vom Hungerode dahingerafft. Das gleiche Schicksal bedroht den Rest von circa 400.000, wenn nicht schnellste Hilfe gebracht wird. Hierzu braucht der Hilfsausflug „Brüder in Not“ noch große Mittel. Jeder helfe und bringe sofort seine Spende. Annahmestellen sind alle Banken und die Geschäftsstellen der Zeitungen. Gile tut not!

Eine Kundgebung der Beamtenschaft. Das Ortskartell Magdeburg des Deutschen Beamtenschaftsbundes nahm auf seiner letzten Bezirksversammlung folgende Entschließung an:

Die am 30. Juni in der Bezirksversammlung des Ortskartells Magdeburg des D. B. B. anwesenden Vertreter geben im Namen der Magdeburger Beamtenschaft ihrer tiefsten Enttäuschung Ausdruck gegenüber dem am Minister Rathenau verübten Verbrechen. Einer der treuesten und größten Feinde Deutschlands, dem Caparitätswort unserer geliebten Vaterlandes Sinn und Inhalt seines Lebens war, ist elender Mordanschlag zum Tode geworden. Die Magdeburger Beamtenschaft zeigt sich in Ehrfurcht vor dem großen Toten und erhofft, daß es gelingen werde, der Wunde heilhaft zu werden, um sie ihrer gerechten Strafe zu zuführen. Es darf in Deutschland nicht der Zustand heimlich werden, daß die Besten des Volkes als vogelfrei durch die Straße gehn. Daher verlangt die Bezirksversammlung des Ortskartells Magdeburg des D. B. B. schleunige Verabschiedung von Gesetzesvorlagen zum Zweck der Sicherstellung der Republik und ihrer Einrichtungen. Sie gelobt feststehen zu wollen hinter der Reichsregierung nach allen Maßnahmen, die notwendig erscheinen, zur Beruhigung der öffentlichen Verhältnisse.

Die Finanzverwaltung der Gemeindefürsorge. Im Freitaglichen Landtag wurde am Dienstag bei der Beratung des Etats der Finanzverwaltung von allen Seiten das Gland der Gemeindefürsorge in Sprache gebracht. Nach längerer Aussprache wurde der Etat bewilligt und die Schuldenaufnahme auf Mittwoch vertagt. Die Vorlage über die Neuordnung der kommunalen Verwaltung und der Befassung in der Diätarier wurde im einzelnen nach Anhörungen aller Parteien erledigt. Die Schuldenaufnahme findet am Mittwoch statt.

Die Kreuzfahrt freigegeben. Auf Veranlassung des Reichspräsidenten hat der Oberpräsident als Vorsitzender des Provinzial-Konferenzorgans erklärt, daß die dem Kaiserlichen Hofe liehen Jansen-Gedächtnis-Kreuzfahrt dem Publikum allgemein zugänglich gemacht ist. Die Anfrachtenhaltung einiger Einzahlungen hat sich jedoch als unzulässig erwiesen. Freigegeben sind sämtliche durch die Kreuzfahrt führenden Wege mit Ausnahme des Fußwegs längs der alten Elbe und der im Interesse der Postanstalten etwa besonders abgegrenzten Wege. Ferner darf für Sport und Spiel der in der Nähe der großen Sanderwerke gelegene sogenannte Spielplatz benutzt werden; das Betreten der großen Sanderwerke selbst ist jedoch aus wirtschaftlichen Gründen nicht gestattet worden. Der Spielplatz bleibt dem Kaiserlichen Hofe liehen Frauen nur für das Kreuzfahrtsfest und etwaige sonstige Schulveranstaltungen vorbehalten. Die Freigabe der Wege wie des Spielplatzes ist auf Widerruf erfolgt. Da nur die Wege freigegeben worden sind, ist das Betreten des Waldes auch weiterhin untersagt, ebenso muß das Raufahrverbot im Interesse der Fußgänger aufrecht erhalten werden. Es ist freudig zu begrüßen, daß der Bürgergeist wieder eine weitere Schöpfungstätte in allerwärts Nähe Magdeburgs erschaffen ist, es muß aber andererseits auch ermahnt werden, daß das Publikum dem dankenswerten Entgegenkommen des Hofes durch Beachtung der zum Schutze des Forstes noch anzuwendenden Verbote Rechnung trägt.

Die Magdeburger Straßenbahn-Gesellschaft hielt am Donnerstag ihre Generalversammlung ab. Nach Vorlegung des Geschäftsberichts des Vorstandes und der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustkonto für das verlossene Geschäftsjahr wurde die Dividende auf 6 Prozent festgesetzt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Sonntag Agitations- und Spfertag für die Partei!

Werbt für die Sozialdemokratische Partei!
Werdet Mitglied! Stärkt dadurch die Reihen der Organisation.
Anmeldungen und freiwillige Beiträge nimmt entgegen: Parteisekretariat Große Münzstraße 3, 2 Treppen.

Schöpfung der Einkommensgrenze für die Gewährung der Rente für Kriegerveteranen. Die Jahreseinkommensgrenze, bis zu der Bedürftigkeit im Sinne der Vorschriften über die Gewährung der Rente angenommen werden darf, ist mit Wirkung vom 1. April 1922 an von 8000 Mark auf 11.000 Mark für ein Elternpaar und auf 6000 Mark für einen einzelnen Elternteil erhöht worden, wenn das mutmaßliche Jahreseinkommen von 1922 zugrunde gelegt wird. Bei den neuen Einkommensgrenzen sind aber die entsprechend der Veranlagung zur Einkommensteuer für jeden einzelnen Versorgungsberechtigten zugelassenen Abzüge (2x2400 = 4800 Mark für ein Elternpaar, 2400 Mark für einen einzelnen Elternteil) bereits berücksichtigt. Die Nachprüfung der bisher wegen Ueberführung der Einkommensgrenzen abgelehnten Anträge auf Gewährung von Renten erfolgt nun auf Grund eines neuen Antrags. Derartige Anträge sind an das zuständige Versorgungsamt — nicht an das Hauptversorgungsamt — zu richten.

Verhaftet. Von der Schutzpolizei wurde am 6. Juli 1922 der Blechschmied Rüdiger, welcher einen Einbruch bei Winterhitz, Sandstraße 2, verübt hatte, festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt.

Sie kaufen jetzt die
Klassiker noch billiger
in der
Buchhandlung Hoffmann, Gr. Münzstr. 3.
Entschließen Sie sich sofort!

Geschloßener Koffer. In einer Schenkung mittels Taschendiebstahls eine goldene Fernrohr mit Leder, aus einer Bohnung am Kaiser-Otto-Ring ein ganzschwarzes Sommerüberzieher, ein grünes Bommel, ein Schloß aus Eisenholz mit silbernem Griff und Monogramm S. B., eine braune lederne Damen-Haushaube.

Geschloßene Filze. Zwei Filze, heißt „Die Nacht des Toten“, sind beschlagnahmt. Es wird vermutet, daß sie aus einem Diebstahl herühren. Einwo Bestohlene werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Pferdiebstahl. Ein braune, belgische Stute, mit langer schwarzer Mähne, Eisenkappe gestrichelt, auf dem linken Hinterengel eine dreieckige Narbe, an den Vorderfüßen starke Kratzenarben, ist in Dessau untergekommen und vermutlich hier veräußert worden. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei.

Einweisung. Der Gesamtanfrage ist heute beigelegt ein Prospekt betreffend Rathenau's Malzfabrik.

Für Handel und Gewerbe
bieten wir Verbessehten, Geschäftskarten, Briefbogen, Rechnungen usw.
Buchdruckerei W. Pionat & Co., Magdeburg.

Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Baden! Sonnabend von 8 bis 9½ Uhr im Wilhelmshab. Arbeiter-Sonntag auf dem „Jungbrunnen“. Alle Gruppenveranstaltungen fallen deshalb aus.
Theater, Konzerte, Vorträge etc.
Städtische Theater, Victoria-Theater, Sonnabend (letztes Gastspiel von Mitgliedern des Dessauer Landestheater): Die große Leidenschaft. — Sonntag (zum erstenmal): Der Sultan.
Stadttheater, Sonntag den 9. Juli (Eröffnungsvorstellung): Tannhäuser. — Montag: Madame Butterfly. — Dienstag: Der Evangelist. — Mittwoch: Paganini. — Donnerstag: Cavalleria rusticana, hierauf Der Bajazzo. — Freitag: Madame Butterfly. — Sonnabend: Der Freischütz. — Sonntag den 16. Juli: Carmen. (Veränderung vorbehalten).
Stadttheater. In der morgen Sonntag stattfindenden Aufführung von „Tannhäuser“ singt Herr Ratz die Stetspartie und Frau Gertrude Ratz die Elisabeth.
Sarrasani ist täglich das Ziel gewaltiger Menschenmengen und das wird während der nächsten 12 Tage so bleiben, während deren Sarrasani noch in Magdeburg bleibt. Am Sonnabend und am morgigen Sonntag finden je zwei Vorstellungen statt; die Nachmittags-Vorstellungen um 3 Uhr zeigen ein populäres Abendprogramm und gewähren für Kinder eine Ermäßigung um die Hälfte.

Eingefandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Substitut gegenüber keine Verantwortung.
Aufgaben der Elternbeiträge.
Die verbrecherische Mordtat an dem Minister Walter Rathenau zeigt, wohin das Streben aller Feinde der Republik führt. Es gilt klare Stellung zu nehmen für den Bestand unserer republikanischen Staatsform. Das gilt nicht nur im Reichs- und Landtag, in der Kommunalverwaltung und den Gewerkschaften, sondern auch im besondern in der Schulverwaltung und der kleinsten Erziehungsanstalt. Sind wir Republikaner, so ist es unsere staatsbürgerliche Pflicht, darüber zu wachen, daß unsere Kinder von den besten Pädagogen republikanisch erzogen werden. Schwächliches Schwanken zwischen der Pflicht für die Vergangenheit und der Erkenntnis gegenwärtiger Notwendigkeit muß endlich aufhören. Der Lehrer muß als Träger für die durch Volkswillen bestellte Staatsform eifrig wirken.
Wie sieht es in vielen unserer Schulen aus? Es ist im wesentlichen alles beim alten geblieben seit November 1918. Viele unserer Kinder sind täglich, stündlich verurteilt, die Wildnisse und Wälder von ehemaligen Herrschern und Schicksalsführern zu schauen.
Die Vorbildung der Jugend ist und bleibt unsere vornehmste Kulturfrage. Auf allen Stufen der Schulen und Hochschulen ist sie im Geiste der höchsten Achtung vor der Republik und der Verfassungstreue zu führen. Gegen Lehrkräfte, die sich an diesem Grundgesetz und damit an deutschen Schicksal verstoßen, ist unerbittlich und unerschrocken vorzugehen. Diese Leiseführer haben die Demokraten aufgestellt. Diese sollten nun auch dafür sorgen, daß danach gehandelt wird. Die Verordnung über die Entfernung der Hohenzollernbilder aus Schulen muß gewissenhaft durchgeführt werden, dafür haben die Elternbeiträge zu sorgen. D. B.

Briefkasten.

Im unsere Briefkasten! Berichte von der Demonstration am Dienstag können nicht mehr veröffentlicht werden.

Bereins-Kalender.

Wird mir gegen Vorauszahlung, die Stelle 4,00 Mark, angenommen.
Deutscher Arbeiter-Bund, 3. Juli, Magdeburg, Sonnabend den 3. Juli, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung bei Rumbier, M. Klosterstr. 15/16. Freier Arbeiter-Verein, 3. Juli, Sonnabend den 3. Juli, abends 7½ Uhr. Generalversammlung in Altes Gefängnis. [321] Klein-Osterleben, Freie Turner-Verein, Am Sonntag den 3. Juli, abends 6 Uhr. Generalversammlung bei E. Schöpe. [322] Klein-Osterleben, Arbeiter-Sportverein, Sonnabend den 3. Juli, abends 8 Uhr. Versammlung bei Schöpe. [323] Groß-Osterleben, Kraftsportverein, Am Sonntag nachmittag 4 Uhr. Versammlung. [324]

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Kunststofferei Berliner Straße 9, dort, 1. Etage. Weben, Stopfen sämtlicher Stoffe, Gardinen, Seidenstrümpfen. Prompte Bedienung, feinste Ausführung.
Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung. beste Fabrikate, große Auswahl! — Verkauft zu allerbilligsten Preisen. —
Leckers Gelegenheitskäufe, Tischlerbrücke 33.

Willst Du Meinem, auf zu Promom, Inkunne Nr. 29.

Kinder-Stiefel aus gut. Leder, gute Form, in den Größen 13-24. von	78.—	Damen-Spangenschuhe in Leder, gute Polster	72.—
Damen-Schnürschuhe Chamois, in schöner Lack- farbe.	35.—	Herren-Schnürstiefel Kadon, mit schöner Lack.	60.—
Damen-Schnürschuhe R-Ober, schöner Lack, hochschon	40.—	Segeltuch-Turnschuhe aus altem Material, mit K. Leder, je nach Größe	38.—

WILM

aber fabrizieren selbst und wissen, wo Sie der Schuh drückt. Besonders beim Kauf von Kinderstiefeln ist es doch der hohe Preis, der Ihnen Sorgen macht. Unsere Fabrik prägt den Verkaufspreis fest in die Sohle eines jeden Stiefels, so dass Sie nicht übervorteilt werden können.

Verkaufsstelle: Conrad Tack & Cie. G. m. b. H., Magdeburg, Alter Markt 11

Die Mörderpartei.

Die Deutschnationale Partei redet seit der Ermordung Rathenaus in hohen Tönen von ihrer Unschuld. Sie beklagt sich, wenn die Mörder als ihre Parteifreunde bezeichnet werden, unterläßt es aber, den Trennungsstreich, der nötig wäre, um ihre Beteuerungen einigermaßen glaubhaft erscheinen zu lassen, zu ziehen zwischen sich und den Trägern der Mörderorganisationen.

Es ist einwandfrei festgestellt, daß die schamlosen Reden und Gekartel der Deutschvölkischen die Atmosphäre bereiteten, die ganz Deutschland so abscheulich verpestet hat. Es ist einwandfrei festgestellt, daß die Mörder und ihre direkten Helfer ganz enge Beziehungen zu den Deutschvölkischen haben. Trotzdem wurde im Parteiauschuß der Deutschnationalen ein Antrag, mit den Deutschvölkischen — dem eigentlichen Kerne der Antisemitbewegung — zu brechen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch der besondere Antrag, den Abg. Wille, einen der schamlosesten und gemeinsten Geher, die es je gab, auszuschließen, fand keine Annahme.

Durch diesen Beschluß hat die gesamte Deutschnationale Partei alle ihre scheinheiligen Beteuerungen als Lügen vor aller Öffentlichkeit anerkannt. Wer die Gelegenheit, von Meuchelmördern und ihren Spießgesellen abzurücken, nicht benutzt, der beweist damit, daß ihm diese Meuchelmörder sehr nahe stehen und daß er den Meuchelmörder billigt.

Die Deutschnationale Volkspartei muß es sich nach einem solchen Parteibeschluß gefallen lassen, daß die Öffentlichkeit sie in Zukunft nur noch als das bezeichnet, was sie durch diesen Beschluß zu sein selber bekennet: „Die Mörderpartei“!

Mit dieser Partei bildet die Deutsche Volkspartei in vielen Kommunen, Kreistagen und Provinzial-Landtagen eine geschlossene Fraktion. Wir wollen nun abwarten, ob auch hier unterlassen wird, den Trennungsstreich zu ziehen.

Das Mördergesetz im Ausschuß.

Am Donnerstag trat der Reichsausschuß des Reichstags zur Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik zusammen.

Reichsjustizminister Radbruch wies darauf hin, daß um neuen Gefahren vorbeugen zu können, ein Gesetz notwendig ist, weil die Verordnung eine zu kurze Lebensdauer hat. Solange das Strafgesetzbuch die Todesstrafe enthält, muß diese auch bei Staatsverbrechen angewandt werden. Der Gedanke, auch die Vollstreckung gegen die Mörder zu schieben, ist zu begrüßen. Gegen die Ausnahmen des Pentiumsanktrags, der die nächsten Angehörigen von der Anzeigepflicht befreit will, hat Radbruch nichts einzuwenden.

Der unabhängige Abgeordnete Dr. Levi erklärt, daß seine Partei schärfere Bestimmungen in dem Gesetz verlangt. Abg. Genosse Wiffell erklärt mit Nachdruck, daß das Gesetz nicht genügt. Die Republik ist verloren, wenn sie nicht hart genug auftritt. Wiffell begründet dann folgenden Antrag zu § 1:

Mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus werden bestraft:

a) Personen, die an einer Vereinigung oder Verabredung teilnehmen, von der sie wissen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches, oder eines Landes zu töten;

b) Personen, die ohne an einer solchen Vereinigung oder Verabredung teilzunehmen, einer zu a) bezeichneten Person durch Rat oder Tat oder auf andere Weise, besonders durch Zuwendungen wissenschaftlicher Hilfe leisten.

Dritte Personen, die um eine solche Vereinigung oder Verabredung über die Tötungsabsicht eines einzelnen wissen, werden mit Zuchthaus, bei milderen Umständen mit Gefängnis nicht unter einem Jahre bestraft, wenn sie das Bestehen der Vereinigung oder die Verabredung oder die Tötungsabsicht, die ihnen bekannten Täter oder deren Verbleib der Behörde und der durch das Verbrechen bedrohten Person nicht unzugänglich mitteilen.

Nach Wiffell kam der deutsche Volksparteiler Kähl zu Worte, der, wie die Deutschnationalen, gleichfalls das Gesetz nicht für notwendig hält.

Es wurde ein Unterausschuß gebildet, der die zahlreichen Anträge zu § 1 bis Freitag vormittag auf eine möglichst einheitliche Linie bringen soll.

Gewerkschaften und Parteien.

Am Donnerstag fanden erneut Besprechungen zwischen den Gewerkschaften und sozialistischen Parteien statt. Die Beratungen bezogen sich auf die Frage zukünftiger gemeinsamer Aktionen. Sie trugen vertraulichen Charakter.

Bisher haben die Kommunisten die Fragen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes noch nicht beantwortet. Nach der Haltung der „Roten Fahne“, die an Arbeiterverrat grenzt, scheint uns die Herstellung einer Einheitsfront unmöglich. Man kann von der Sozialdemokratie nicht erwarten, daß sie mit den Kommunisten gemeinsam handelt, während die Zentralkomitee der Kommunisten endlose Verleumdungen gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion losläßt.

Waffenfunde in Thüringen.

Die für die einzelnen Gebietskreise des Freistaats Thüringen zur Durchführung des Ausnahmestandes bestellten Regierungskommissare haben an verschiedenen Stellen verborgene Waffen rechtsradikaler Elemente beschlagnahmt. So sind in Verla b. d. Gänich in einem Gutshof 3 vollständige und 2 unvollständige Maschinengewehre, 12 Militärgewehre 98 und 35 Gasmasken angefundener worden. Ferner wurden an demselben Orte 2000 Schuß Munition beschlagnahmt. Einige Personen, die diese Waffen verstaubt haben sollen, sind flüchtig geworden.

Bei dem Rächter Eckert in Cottendorf bei Lannroda konnten 3 Militärgewehre Modell 98 mit circa 50 Schuß Munition beschlagnahmt werden.

Ferner wurden im Gebiet Gotha verschiedene Waffen entdeckt, über die noch Näheres mitgeteilt wird.

„Heute gibt's Judenbrägen!“

Von einer Beamtin des Herrn Prechants in Berlin-Moabit wird uns folgende Mitteilung gemacht, die angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse allgemeines Interesse finden wird.

Am 24. Juni hatte ich Dienst als Schrambeamtin. Gegen 11 Uhr teilte mir ein Teilnehmer mit, daß der Außenminister Rathenau ermordet sei. Dies erlöschte über diese neue Unheilbarmisde ich, meine Kollegen, davon im Kenntnis zu setzen, da einige von ihnen ein offensichtliches Zeichen ihrer Anhängerschaft für den Kampf gegen die andre Klasse (Gartenkreuz) tragen und ich mich nicht insbände fühlte, vielleicht in diesem Augenblick den Ausbruch irgendeiner Siegesfreude über mich ergehen zu lassen. Nachdem ich einige Minuten weitergearbeitet hatte, trat plötzlich große Unruhe ein. Ich hörte Beamtinnen fragen, was das sei, wandte mich um und hörte Telegrammsekretär Willut in offenkundiger Freude antworten: „Heute mittag gibt's Judenbrägen, meine Damen! Rathenau ist im Grunewald ermordet.“ Da mich die beispiellose Misset auf äußerste empörte, machte ich, nachdem ich mich etwas beruhigt hatte, dem Auschuß Mitteilung, der die Angelegenheit der Behörde zur weiteren Verfolgung übergab.

Wie wir hierzu erfahren, sind Bemühungen im Gange, diesen Fall und ähnliche in der Postverwaltung vorgekommene Fälle zu vertuschen. Deshalb halten wir es für unsere Pflicht, den Vorgang, der für die Verhältnisse in der Postverwaltung typisch ist, öffentlich bekanntzugeben. Es scheint uns angebracht, daß der Reichspostminister sich etwas mehr als bisher um seine Beamten kümmert, die bekanntlich der Republik den Eid geschworen haben, sich trotzdem oder während des Dienstes endlose Verschimpfungen des Reichspräsidenten, der Reichsregierung usw. erlauben.

Mit dem Zustande der Drangsalierung republikanischer Beamten, der bisher in der Postverwaltung noch vorherrschend ist, muß endlich Schluß gemacht werden.

Der Amnestiegesetzentwurf.

Der im Reichstag zur Beratung stehende Entwurf eines Gesetzes über Straffreiheit für politische Straftaten lautet:

§ 1. Personen, die im Jahre 1920 nach dem 4. August und im Jahre 1921 an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich als Täter oder Teilnehmer mitgewirkt haben, wird Straffreiheit gewährt. Dies gilt nicht für Straftaten, die sich in das Jahr 1922 fortgesetzt haben.

Ferner wird Straffreiheit gewährt Personen, die von den auf Anordnung des Reichsministers für Justiz im Jahre 1921 errichteten außerordentlichen Gerichten wegen Handlungen verurteilt worden sind, die mit einem gegen das Reich gerichteten hochverräterischen Unternehmen im Zusammenhang stehen, sofern die Handlungen nicht lediglich auf Rohheit, Eigennutz oder sonstigen nicht politischen Beweggründen beruhen.

Von der Straffreiheit ausgeschlossen sind die Personen, die zur Durchführung des hochverräterischen Unternehmens oder im Zusammenhang mit dem hochverräterischen Unternehmen ein Verbrechen gegen das Leben, ein Verbrechen der schweren Körperverletzung, ein Verbrechen der schweren Raubes, ein Verbrechen der Brandstiftung, ein Verbrechen der vorsätzlichen Gefährdung eines Eisenbahnverkehrs, ein Verbrechen gegen den § 321 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs (schwere Körperverletzung oder Tod eines Menschen durch Verschüttung von Wasser, Wege- und Bergwerksverrichtungen) oder ein Verbrechen gegen die §§ 5, 6 und 7 des Gesetzes über den verbrecherischen oder gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juli 1884, begangen haben.

Im übrigen finden die Vorschriften der §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 4. August 1920 mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß auch die rückständigen Bußen und Kosten erlassen werden, und daß auf Antrag des Verurteilten auch Vermerke über bereits verbüßte Strafen, die unter die Straffreiheit fallen würden, im Strafregister zu tilgen sind.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Gesetzentwurf bezieht sich nur auf Verurteilungen, die wegen Handlungen erfolgten, die gegen den Bestand der Reichsverfassung erfolgten. Die Amnestierung jener Verurteilten, die wegen Vorkommnissen nach dem Mord an Erzberger vor Gericht gestellt worden sind, wird durch ein preussisches Landesgesetz erfolgen.

Disziplinargesetz für die Beamten.

Das Reichskabinett hat sich bei der Beratung über das Gesetz zum Schutze der Republik auch mit einem besondern Disziplinargesetz für die Beamten beschäftigt, durch welches Gewähr dafür gegeben werden soll, daß republikanisch zuverlässige Beamte in die wichtigsten Stellen gesetzt und Sicherheiten gegen eine monarchistische und reaktionäre Agitation geschaffen werden.

Die preussische Regierung wird zu diesem Gesetz noch einen besondern Antrag einbringen, in dem sie die Ausdehnung des Kreises der Beamten, die zur Disposition gestellt werden können, verlangt.

Sie pressen den Mord.

Da es in Deutschland allmählich etwas gefährlich wird, sich mit den Mördern Rathenaus offen solidarisch zu erklären, flüchtet sich die wahre Meinung der „Völkischen“ in das benachbarte Oesterreich. Ein in Graz unter dem Namen „Mittel“ von einem gewissen Hans Ripper herausgegebenes „völkisches“ Blatt begrüßt die Ermordung des „Suber-Walter Rathenau“ mit dem wilden Kriegsruf: „Tod den Vaterlandsverrätern!“ Darin schreibt es:

Darum betrachten wir es nicht als Unglück, daß der Erfüllungsmörder Rathenau nicht mehr erfüllen kann. Rathenaus Tod ist ebenjowenig ein Unglück, als der Tod des Verräters und Erfüllungserzberger ein Unglück gewesen ist. Im Gegenteil! Wir betrachten es als ein Glück im Unglück, als ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft, daß aus unserem Volke noch Kräfte spritzen, die die offenen und geheime Verräter unschädlich machen.

In dieser Judenrepublik ist nun die Aufgabe zuteil geworden, das deutsche Volkvermögen auf dem Weg über Kronenberg möglichst reibungslos in den Händen der jüdischen Bestimmung überzuführen — als deutscher Erfüllungsmörder! Dieser Aufgabe haben im Vaterlandsfreunde entlehnt — durch den Tod!

Tod den Vaterlandsverrätern!

Will man es in der österreichischen Sozialdemokratie haben, daß in solcher Weise zur Ermordung heutiger republikanischer Führer gehet wird?

Der Mordplan in Dresden ausgeheert.

Im Saal des Herrn von B. hat der Minister des Innern Büchsig mitgeteilt, die sächsische Regierung habe Beweise in Händen, daß der Mord an Rathenau von dem Reichsminister Rathenau in Dresden ausgeheert worden ist.

Beteiligt daran und deshalb verhaftet sind der Sekolar-Stabschef, der Kommandant des Landwehrbataillons nationaler Soldaten der 1. Division des Dresdener Reichswehrbundes, und der Leiter der deutschnationalen Jugendgruppe in Freiberg.

Ferner teilte Büchsig mit, daß die Waffenfunde in Freiberg größer sind, als bisher gemeldet ist.

Befestigt ist ferner, daß die Ortschaft in Dresden trotz des Verbots weiterbesetzt und der Minister selbst vom 22. Juni bis zum Sonnabend den 24. Juni von einem Bewaffneten verfolgt wurde.

Die republikanische Reichswehr.

Der Reichswehrminister schickt uns folgende Verächtigung: Es ist unrichtig, wenn Sie in Nummer 144 Ihres Blattes vom 23. Juni 1922 in einem Artikel „Heulen und Zähneklappern“ berichten, daß die Reichswehr in Oberschlesien den Wunsch ausgesprochen habe, unter dem kaiserlichen Schwarzweiskrot einzuziehen und sie sich geweiht habe, die republikanische, also die offiziell deutsche Reichskriegsflotte zu bilden.

Richtig ist, daß keinerlei Verhandlungen irgendwelcher militärischen Stellen über die zu wählende Flagge stattgefunden haben.

Richtig ist ferner, daß die Truppe keine Flagge führt, lediglich die Säkle hatten, die für die militärischen Gebäude vorgeschriebene Reichskriegsflagge mitzuführen.

Unrichtig ist ferner, daß Soldaten der deutschen Republik von italienischen Soldaten begleitet bzw. begleitet gemacht worden ist, wie die deutsche Reichsflagge aussteht.

Richtig ist, daß die Reichswehr mit dem Flaggenwechsel nicht das geringste zu tun gehabt hat und daß das Einziehen der Truppe gemäß Abkommen 24 Stunden nach erfolgter Uebergabe und nach erfolgtem Flaggenwechsel stattgefunden hat.

gez. Dr. Geßler, Reichswehrminister.

Diese „Verächtigung“ drückt sich um den Kern der Dinge sorgfältig herum. Es ist bei dem Flaggenwechsel in Oberschlesien eben doch die schwarzweiskrote Fahne und nicht die deutsche Fahne aufgezo-gen worden. Im übrigen sind wir und gewiß alle Welt überzeugt, daß es keine zuverlässigere republikanische Truppe gibt als unsere liebe Reichs- hr.

Ernst Däumig gestorben.

Ernst Däumig, der bereits vor einigen Tagen während einer Reichstagsführung einen Schlaganfall erlitten ist in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch an den Folgen eines neuen Schlaganfalls gestorben.

Däumig hat ein Alter von 58 Jahren erreicht. Er war in der Sozialdemokratischen Partei viele Jahre als Redakteur tätig. Nach der Revolution gab er die Wochenschrift „Der Arbeiter“ heraus, gehörte in der Revolutionszeit dem Volksrat Groß-Berlin an, wurde im August 1919 in die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin und im Dezember desselben Jahres zum Vorsitzenden der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei gewählt. Unter seiner Führung vollzog sich in Halle die Spaltung der Unabhängigen. Däumig wurde Vorsitzender der kommunalistischen Partei, mußte aber bald auf Beschluß des ersten kommunalistischen Parteitag in Berlin infolge Meinungsverschiedenheiten den Vorsitz niederlegen. Wenige Wochen vor seinem Tode trat er dann zu jener Partei zurück, deren Taktik er noch vor wenigen Jahren beurteiltete.

Opfizen.

Der Reichstag beschloß das Gesetz zum Schutze der Republik für die W. o. n. a. s. i. g. auf die Tagesordnung zu setzen. Die weitere Verfertigung ist für Dienstag geplant. Anschließend sollen die inzwischen fertiggestellten Steuergesetze beraten werden. Bis Ende der kommenden Woche soll auch die Aenderung des Reichsbeamten-gesetzes und das Reichskriminalpolizeigesetz verabschiedet werden. Auch das Arbeitsnachweisgesetz soll noch in dritter Lesung erledigt werden. Die Sozialdemokraten verlangen, daß außerdem auch das seit Dezember vorliegende Gesetz über die Wucherer und Preistreiber erledigt wird.

Die Rheinschiffer gegen Schwarzweiskrot. Eine vom Deutschen Verkehrsband nach Frankfurt a. M. einberufene internationale Konferenz der Binnenwasser- und Hafenshiffer und Hafenarbeiter des Rheines, auf der Deutschland, Belgien und Holland vertreten waren, beschloß u. a. alle deutschen Fährzeuge, welche die schwarzweiskrote Flagge ohne die gesetzlich vorgeschriebene schwarzrothgelbe Gösa führen, weder zu verschleppen noch zu laden, zu löschen oder zu bunkern. „Es dürfen keine Farben geführt werden, welche die Nordmänner schmücken, mit denen Republikaner hingeschlachtet werden.“

Zwei Millionen Mark Belohnung. Wie wir erfahren, wird auf die Ergreifung der Erzberger- und Rathenau-Mörder von der Reichsregierung eine weitere Million Kopprämie ausgesetzt werden. Damit werden also insgesamt auf die Ergreifung der Täter 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Dingu kommen noch die privaten Gesammungen, die gleichfalls bereits eine sehr ansehnliche Höhe erreicht haben.

Sellmars letzte Fahrt. Die Leiche des Genossen Georg von Sellmar ist in München eingetroffen. Die Beisetzungsfeierlichkeiten vor der Einäscherung finden Sonnabend nachmittags 4 Uhr statt. Sie werden sich zu einer großen Kundgebung der Münchner Arbeiterkraft und der politischen Führer der deutschen Sozialdemokratie gestalten.

Rechtshilfe im Bergbau. Die gegenwärtig in Bochum abgehaltenen Arbeiterkonferenzen des allen Bergarbeiterverbandes stammte dem Beschluß der Reichskonferenz des Verbandes zu, wonach alle Schiedsprüche im Kohlen- und Koblenerbergbau abgelehnt werden und eine neue Lohnverhandlung entsprechend der wachsenden Teuerung gefordert wird. Auch der Beschluß der letzten Lohnkonferenz, welcher es ablehnte, zur Ueberhöhenfrage Stellung zu nehmen, fand volle Billigung.

Depeschen.

Republikanische Strafnamen.

25. Köln, 7. Juli. In der gestrigen Stadiber-orhneten Sitzung kam es bei der Beratung des Antrags der sozialdemokratischen Fraktion für Kaiser-Wilhelm-Ring und Hohenzollernring die Bezeichnungen Walter-Rathenau-Ring und Erzberger-Ring und für die Hohenzollernbrücke die Bezeichnung Dombau bei der Regierung zu erwirken zu gelangen. Die Sitzung mußte geschlossen werden.

Wahlen in Holland.

25. Amsterdam, 7. Juli. Von den 18 Hauptwahlkreisen des Landes sind die Wahlergebnisse nun 13 bekannt, von denen 11 sozial und 2 republikanisch sind. 26 Katholiken, 20 Sozialisten, 12 orthodoxe Christen, 9 Liberale, 6 Demokraten und 2 Kommunisten, mithin bis jetzt 48 Abgeordnete der Katholiken und 26 der Sozialisten.

Extra billige Angebote in Damenstrümpfen u. Herrensocken

Damenstrümpfe	Baumwolle, schwarz, verstärkte Ferse und Spitze	29.50
Damenstrümpfe	schwarz und braun, nahtlos, verstärkte Ferse und Spitze	49.50
Damenstrümpfe	weiß, Doppelferse und Hochferse	45.00
Damenstrümpfe	braun, mode und grau, Doppelferse und Hochferse	54.00
Damenstrümpfe	braun Fior mit Seidengriff, Doppelferse und Hochferse	65.00
Damenstrümpfe	braun prima Fior, Doppelferse und Hochferse	67.00
Damenstrümpfe	braun und schwarz Fior mit Seidengriff, Doppelferse und Hochferse	95.00
Damenstrümpfe	schwarz u. braun prima Raso, Doppelferse und Hochferse	95.00
Damenstrümpfe	grün, schwarz, beige, leber und Goldfärb, Doppelferse und Hochferse	165.00
Damenstrümpfe	schwarz und grau Raffinesior mit Seidengriff, Doppelferse und Hochferse	95.00
Damenstrümpfe	schwarz Seide, Doppelferse und Hochferse	195.00

Diverse Damenstrümpfe
in Braun und schwarz, mit kleinen Fleckern 30.00

Diverse Damenstrümpfe
Fior mit Seidengriff, alle Farben 45.00

Diverse Damenstrümpfe
prima Seidenfior 75.00

Kamelhaarsocken mit klein. Fleckern 38.00

Kindersöckchen in allen Preislagen

Fußlinge in großer Auswahl zu billigsten Preisen

Mengenabgabe vorbehalten.

Herrensocken	Baumwolle, grau, nahtlos	8.50
Herrensocken	starke Baumwolle, grau, nahtlos	24.50
Herrensocken	grau, verstärkte Ferse und Spitze	27.50
Herrensocken	Baumwolle, feinfarbig	29.75
Herrensocken	normal, nahtlos, verstärkte Ferse und Spitze	32.50
Herrensocken	Fior in modernen Farben, Doppelferse und Hochferse	49.50
Herrensocken	gute Baumwolle, in braun und schwarz	49.50
Herrensocken	Fior, feinfarbig mit Streifen	46.50
Herrensocken	Raso, schwarz, mit Doppelferse und Hochferse	52.00
Herrensocken	Raso, naturfarben, weißfärbig, verstärkte Ferse und Spitze	57.50
Herrensocken	schwarz Seidenfior, Doppelferse und Hochferse	85.00
Herrensocken	schwarz Seidenfior, mit farbigen Streifen	98.00
Herrensocken	braun Seide	150.00

Besonders billige Damen- u. Herren-Handschuhe

Damen-Halbhandschuhe	weiß, schwarz und farbig, drei	0.95
Damen-Halbhandschuhe	schwarz, 50 cm lang	1.45
Damen-Handschuhe	weiß und schwarz, durchbrochen und glatt	5.00

Damen-Handschuhe	zwei, farbig, weiß und schwarz, zwei Druckknöpfe	29.50
Herren-Handschuhe	farbig, ein Druckknopf	39.50
Herren-Handschuhe	Fior, farbig, ein Druckknopf	42.00

Siegfried Cohn

Weberei-Waren.

Breiteweg 58-60.

Bekanntmachung.
Wir sind hier...
Antiquitäten und Bücher
In der...
Kauf- und Verkaufsgeschäfte...
Kauf- und Verkaufsgeschäfte...

Tadellos erhaltenes Piano
an gut wie neu...
Mechanisch...
Preis...
Kauf- und Verkaufsgeschäfte...

Kollschlechterer Stephansbrücke 17.
Einfache...
prima...
Kauf- und Verkaufsgeschäfte...
Kauf- und Verkaufsgeschäfte...

Corvinj
Der Pfaffenspiegel
Bestellungsnummer vom 1. Oktober 1921...
Preis 70.00 Mark...
Kauf- und Verkaufsgeschäfte...

Mauls Kakao- und Schokoladenfabrik
Fabrikator: 7644
William Damm, Magdeburg
Weinstraße 4, Farnsprecher 5577
Blutarme, Nervöse, Rekonvaleszenten eßt
Haemacolade
Karton statt 5.50 Mark jetzt 3.00 Mark.
C. F. Seyer, Kaiserstr. 97.

Giebertlings
Kauf- und Verkaufsgeschäfte
billigen Preisen
Damen-Mäntel
Rostüme, Röcke
Kleider
Glühbirnen, Lampen
17 Schloßstraße 17.

Wie lange noch werden wir so billig verkaufen können? Die Preise steigen immer weiter, daher kaufen Sie jetzt!

Braune Damen-Halb-Handschuhe Seide und Spange 450 375 325	Damen-Staffing-Handschuhe 275 195	Herren-Zurich-Handschuhe mit Chromferse Größe 41 bis 46
Braune Damen-Gütel hochlegante Ausführung 650 585	Damen-Schnür-Handschuhe Echtleinwand 235	Burigen-Gütel sehr kräftig
	Damen-Spangen-Handschuhe 285 250	Braune naturfarb-herren-Schnür-Gütel 475 350
	Damen-Schnür-Handschuhe Echtleinwand 275	Braune herren-Schnür-Gütel 650 585 495
	Herren-Spangen-Handschuhe 650 575 495	Herren-Bad-Gütel 605

Schuhhandelsloft
Magdeburg

Breiteweg 193/94

gegenüber Steinstraße auf dem Hofe 1 Treppe
Alle Angebote nur soweit Vorrat!